

Heimatvertriebene und Spätaussiedler – eine Bereicherung für unser Land

Bericht der Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung
für Heimatvertriebene und Spätaussiedler 2019–2024

VERSÖHNUNG **ERINNERUNG** WEITERGABE
BEWAHRUNG DES KULTURELLEN ERBES **BEWAHRUNG**
BEWAHRUNG DES KULTURGUTES VERSTÄNDIGUNG
EINGLIEDERUNG VERSÖHNUNG
ERINNERUNG **WEITERGABE** DES KULTURELLEN ERBES
BEWAHRUNG DES KULTURGUTES **VERSTÄNDIGUNG** EINGLIEDERUNG
VERSÖHNUNG ERINNERUNG



Politik für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Hessen in der Legislaturperiode 2019 bis 2024

Bericht der Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler 2019 - 2024

Die ideelle und finanzielle Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ist der Hessischen Landesregierung ein besonderes Anliegen. Dabei versteht sie sich als zuverlässiger Partner der Vertriebenenverbände, Landsmannschaften und Spätaussiedlerorganisationen. Die in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes verankerte Verpflichtung, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu bewahren und die Erinnerung an Flucht und Vertreibung als Vermächtnis für unser Land zu erhalten, nimmt die Hessische Landesregierung sehr ernst und ist dieser Aufgabe wie in den vorangegangenen Legislaturperioden auch in der Legislaturperiode 2019 - 2024 in vielfältiger Weise nachgekommen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte das neugegründete Land Hessen zu den Hauptaufnahmeländern von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen. Bis zum Jahr 1950 sind rund 1 Million Menschen nach Hessen gekommen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, darunter 400.000 Sudetendeutsche, rund 200.000 Schlesier, rund 100.000 Ostpreußen, rund 70.000 aus Pommern und der Mark-Brandenburg, rund 60.000 aus Polen und Danzig, sowie rund 60.000 aus Südosteuropa. Hinzu kommen rund 270.000 Aussiedler und Spätaussiedler, die seit Ende der 1970er-Jahre aus Ost- und Südosteuropa sowie vor allem aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion in Hessen eine neue Heimat gefunden haben. Somit hat heute fast ein Drittel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger entweder Flucht und Vertreibung selbst erlebt, ist durch das Schicksal der nächsten Angehörigen davon betroffen oder lebt als Spätaussiedler in unserem Bundesland.

Nachdem die Zugangszahlen von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in den Jahren von 2006 bis 2012 rückläufig waren, sind sie infolge der mit der zehnten Änderung des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 2013 verbundenen Erleichterungen bei der Familienzusammenführung und Anpassungen bei den Sprachanforderungen wieder leicht angestiegen. Nach einem Corona-bedingtem Rückgang im Jahr 2020 auf bundesweit 4.309 Personen hatten die Zahlen bereits 2021 trotz anhaltender Corona-Pandemie mit 7.052 Personen wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Nach Hessen kommen seit 2019 jährlich etwa 500 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, von denen die meisten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen.

Die Aufnahme und Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bleibt auch weiterhin ein wichtiges Anliegen der Hessischen Landesregierung, insbesondere weil viele der im 18. Jahrhundert an die Wolga ausgewanderten Russlanddeutschen aus Hessen stammen.

Seit 1999 haben die Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, Volker Bouffier und Boris Rhein in ihren Regierungserklärungen und öffentlichen Reden ihre Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern betont und ihre Wertschätzung für den Beitrag der Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg zum Ausdruck gebracht. So heißt es in der Regierungserklärung von 1999: „Heimatvertriebene und Spätaussiedler sind eine Bereicherung für unser Land.“ Die Aussage von 2003, dass „die vergangene Legislaturperiode auch davon geprägt war, dass wir die Leistungen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wieder mit der angemessenen Anerkennung versehen haben“, unterstreicht zugleich die empfundene Verantwortung des Landes Hessen für die Betroffenen. Im Jahr 2009 betonte der damalige Ministerpräsident Volker Bouffier, dass „die großartige Aufbauleistung nach dem Krieg [...] undenkbar gewesen [wäre] ohne das Engagement und das Anpacken hunderttausender Vertriebenen, die in Hessen eine neue Heimat gefunden haben.“ Er versprach, die „sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Vertriebenenverbänden und der Hessischen Landesregierung“ auch in Zukunft fortzusetzen. Im Jahr 2022 sicherte der neue Ministerpräsident Boris Rhein den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern beim „Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ auch künftig „eine besondere Wertschätzung in Hessen“ zu. Das Thema „Flucht und Vertreibung“ werde in Hessen weiterhin eine verlässliche Aufmerksamkeit erfahren. „Die wichtige Aufbauarbeit der Vertriebenen nach dem Krieg war eine der Grundlagen dafür, dass sich das Land positiv entwickeln konnte“, so Boris Rhein in seiner Rede beim 60. Hessentag im Juni 2023 in Pfungstadt.

Gesetzliche Grundlage: § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

Das im Jahr 1953 in Kraft getretene „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“, kurz Bundesvertriebenengesetz (BVFG), ermöglichte und regelte bundesweit die Aufnahme und Eingliederung von Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge. Mit seinen Novellierungen ist dieses Gesetz bis heute Grundlage für die Aufnahme, Verteilung und Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Familienangehörigen.

Von besonderer Bedeutung ist Paragraph 96 BVFG. Er verpflichtet Bund und Länder zur Pflege des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete und zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Dieser sogenannte „Kultur-Paragraph“ ist zentrale Grundlage für die Arbeit der Hessischen Landesregierung und für die Arbeit der Landesbeauftragten. Wörtlich heißt es in § 96 BVFG:

„Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.“

ALLGEMEINES	3
REGIERUNGSEKTLÄRUNGEN	4
Gesetzliche Grundlage: § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG)	4
VORWORT.....	6
EINLEITUNG.....	8
HEIMATVERTRIEBENE	10 - 43
70 Jahre BVFG - Bundesvertriebenengesetz	10
Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation	11
Proklamation	13
Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung	14
Hessischer Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“	15
Zukunft der Heimatmuseen und Heimatstuben	18
Flucht und Vertreibung im Schulunterricht	20
Jahresgespräche	21
„Tag der Vertriebenen“ beim Hessentag	22
Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen	23
Tage der Heimat	24
Zusammenarbeit mit dem BdV-Landesverband Hessen und den Landsmannschaften	26
Bundestreffen der Vertriebenenverbände	31
Patenschaften des Landes Hessen	34
Dauerausstellung „Vertriebene in Hessen“ im Hessenpark Neu-Anspach	36
Kulturarbeit der Verbände und Landsmannschaften	37
Schwerpunktbereich „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe - Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen seit 1945“	39
Digitalportal „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“	40
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen	41
Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen	42
Haushaltsmittel	43
SPÄTAUSSIEDLER.....	44 - 56
Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen - IDRH gGmbH	45
Infoportal „Russlanddeutsche in Hessen“	46
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Hessen	47
20 Jahre Deutsche Jugend aus Russland in Hessen e.V.	47
Rettungsarche e.V.	48
Begegnungsstätte für Spätaussiedler (inkl. Aktive Senioren, Stadtteilmütter Fulda)	49
Härtefallfonds zur Abmilderung von Rentennachteilen	52
Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Hessischen Landtags (UHW)	53
Hasselroth - Fördereinrichtung für junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife	53
Haushaltsmittel	54
Beirat für Spätaussiedlerfragen beim Bundesministerium des Innern (BMI)	55
Konferenz der Aussiedlerbeauftragten	56
SCHLUSSBEMERKUNG	57
ANLAGEN	60

Hessischer Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins in der Ukraine wird seit vielen Monaten mit erschütternder Grausamkeit geführt und verdeutlicht in schlimmster Art und Weise an jedem weiteren Kriegstag die Folgen von Zerstörung, Leid und Vertreibung. Wir alle waren Jahrzehnte fest davon überzeugt, dass solche Zeiten auf unserem Kontinent vorüber seien. Leider wurden wir getäuscht. Für uns alle ist der anhaltende völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins in der Ukraine nicht weniger als ein Realitätschock, aus dem der Westen geeint seine Lehren gezogen hat.

Unser Land steht weiterhin solidarisch an der Seite der geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer. Viele Menschen konnten in unserem Land in höchster Not aufgenommen werden. Dieser sinnlose Vernichtungskrieg weist zahlreiche Parallelen zum Zweiten Weltkrieg auf, weckt Ängste und Erinnerung an die Schicksale der Heimatvertriebenen und der Opfer von Vertreibung. Mehr denn je zeigt der Krieg, dass die Erinnerungs- und Kulturarbeit weiterhin wichtig und wertvoll ist.

Für die Hessische Landesregierung ist der aus dem Paragraph § 96 erwachsende Auftrag des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) von höchster Bedeutung. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung ist uns ein dauerhaft wichtiges Anliegen für das wir umfangreiche Mittel zur Verfügung stellen. So wurden die Mittel für die Kulturförderung und die Mittel für die Eingliederung der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bewusst jeweils um 50 Prozent erhöht.

Ausdruck der gelebten Solidarität mit den Heimatvertriebenen sind außerdem die seit Jahrzehnten gepflegten Patenschaften des Landes Hessen zu einzelnen Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften, die Einführung eines „Hessischen Gedenktages für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ im Jahr 2014 und die Vergabe des Hessischen Landespreises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ seit dem Jahr 2011.



Die Errichtung des Schwerpunktbereichs „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe – Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen seit 1945“ an der Universität Gießen im Jahr 2023 ist deutschlandweit ein wichtiger Meilenstein, um das Geschehen von Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges wissenschaftlich zu erforschen und weiterzuvermitteln. Auch die Umsetzung der bundesweit einzigartigen Digitalportale mit dem Titel „Russlanddeutsche in Hessen“ und „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ setzt bundesweit Akzente und gezielte Anreize für Jüngere, sich vermehrt mit dem wichtigen Thema auseinanderzusetzen.

Das Engagement des Landes Hessen für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ist untrennbar mit dem Amt der Landesbeauftragten und der Person von Margarete Ziegler-Raschdorf verbunden. Seit ihrer Berufung durch den damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zum 1. April 2009 ist sie zentrale Ansprechpartnerin der Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbände und wichtiges Bindeglied zwischen den Verbänden und der Hessischen Landesregierung. Auch über die Grenzen Hessens hinaus genießt sie höchste Anerkennung und Wertschätzung. Der vorliegende Bericht gibt einen Einblick in ihre Arbeit. Für ihren unermüdlichen Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit danke ich sehr herzlich.



Peter Beuth

Hessischer Minister des Innern und für Sport

Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Am 1. April 2009 hat der damalige Ministerpräsident Roland Koch auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses Margarete Ziegler-Raschdorf, MdL a. D., zur Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (LBHS) berufen. In dieser Funktion folgte sie dem seit 1999 amtierenden MdL a.D. Rudolf Friedrich nach. Im Jahr 2014 und 2019 erfolgte die erneute Berufung für die 19. bzw. 20. Legislaturperiode durch Ministerpräsident Volker Bouffier.



Einführung von Margarete Ziegler-Raschdorf in das Amt der Landesbeauftragten und Verabschiedung von Rudolf Friedrich durch den damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch.

Von 2009 bis 2019 war die LBHS organisatorisch dem Hessischen Sozialministerium zugeordnet und wurde fachlich durch die dortige Fachabteilung IV Soziales unterstützt. Seit Juli 2019 ist der Bereich Heimatvertriebene und Spätaussiedler dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zugeordnet. Die LBHS bildet im Innenministerium mit ihrer Büroleiterin und ihren Mitarbeiterinnen eine eigene Stabsstelle, die unmittelbar dem Innenstaatssekretär unterstellt ist. Um die Gedenk- und Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes zu stärken, nimmt die Landesbeauftragte, die die Funktion seit 2009 ehrenamtlich ausgeübt hatte, seit Ende 2020 ihre Tätigkeit hauptberuflich wahr. Zu ihren Aufgaben gehören damit auch die Abwicklung der Projektförderung nach § 96 BVFG und die Integrationsförderung für Spätaussiedler.

Die Einrichtung und Berufung einer Landesbeauftragten hat sich als Bindeglied zwischen Regierung und Verbänden sowie bei der Integrationsarbeit für Spätaussiedler überaus bewährt. Als direkte und unmittelbare Ansprechpartnerin vertritt sie die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Mit den Verbänden und Landsmannschaften der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler arbeitet sie bei der Förderung der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes eng zusammen. Ihre Aufgabe ist es, die Eingliederung der Spätaussiedler zu intensivieren, zu koordinieren und zu bündeln.

Die Landesbeauftragte vertritt das Land Hessen im Beirat für Spätaussiedlerfragen beim Bundesministerium des Innern (dazu Seite 55). Sie ist außerdem Mitglied der Integrationskonferenz des Landes Hessen, wo sie die Interessenvertretung der Spätaussiedler im Rahmen der Integrationsarbeit der Hessischen Landesregierung wahrnimmt. Zu den Vertriebenen- und Aussiedlerbeauftragten sowie den zuständigen Ministerien anderer Bundesländer unterhält die Landesbeauftragte regelmäßige Kontakte.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Landesbeauftragten liegt in einer regelmäßigen Pressearbeit, die ihre Arbeitsschwerpunkte verdeutlicht und für die Öffentlichkeit sichtbar macht. Ihre Pressemitteilungen sind auf der Internet-Seite der Landesbeauftragten unter: www.vertriebenenbeauftragte.hessen.de abrufbar.

Per Kabinettsbeschluss sind der Landesbeauftragten folgende Aufgaben übertragen:

- Unterstützung der Pflege, Förderung und Weiterentwicklung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete (§ 96 BVFG),
- Zusammenarbeit mit den Verbänden der Heimatvertriebenen bei der Kulturarbeit nach § 96 BVFG und bei heimat- und verständigungspolitischen Maßnahmen,
- Unterstützung und Koordinierung der vom Land Hessen übernommenen Patenschaften,
- Unterstützung für die Belange der Spätaussiedler,
- Zusammenarbeit mit den Betreuungsorganisationen bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Eingliederung der Spätaussiedler,
- Mitwirkung bei der Koordinierung der die Spätaussiedler betreffenden Maßnahmen mit den anderen Ressorts der Landesregierung sowie mit den Bundesressorts und den Kommunen,
- Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen,
- Informationsarbeit über Spätaussiedlerfragen.

Der von der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler vorgelegte Bericht gibt einen Einblick in ihre vielfältigen Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte der Legislaturperiode 2019 bis 2024. Auf die Berichte der Landesbeauftragten aus den Jahren 2014 und 2019 wird hingewiesen. Von ihrem Amtsvorgänger liegen Berichte aus den Jahren 2001, 2004 und 2007 vor.



Staatsminister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit ihren Mitarbeiterinnen (v.l.) Kathleen Cahill, Yvonne Kremer und Annette Stoll, 5.10.2020

Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und jenen Regionen in Ostmittel- und Osteuropa, in denen Deutsche seit Jahrhunderten lebten, sind Teil unserer Geschichte. Die Erinnerung daran wachzuhalten, ist nicht nur Aufgabe der Betroffenen. Ihr Schicksal und das reichhaltige Kulturgut der Vertreibungsgebiete sind Teil unserer gesamtdeutschen Identität. Daran stetig zu erinnern und zur Bewahrung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete beizutragen, ist eine der vorrangigen Aufgaben der Landesbeauftragten. Zugleich stellt die Verständigung und Aussöhnung zwischen den beteiligten und betroffenen Ländern heute und in Zukunft eine Verpflichtung dar.

70 Jahre BVFG - Bundesvertriebenengesetz

Im Juni 1953 trat das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ (BVFG) in Kraft. Durch die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der Heimatvertriebenen schuf es seinerzeit die Grundlage zur Eingliederung von Millionen Menschen und steht bis heute für gelebte nationale Solidarität in Deutschland. Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes damals wie heute ist das Bewusstsein: Eine Nation ist eine Solidar- und Schicksalsgemeinschaft. 70 Jahre nach Inkrafttreten kann die auf Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes erfolgte gigantische Eingliederungsleistung der deutschen Landsleute aus dem Osten als großartige Erfolgsgeschichte bezeichnet werden.

In der Vergangenheit ist das BVFG regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst worden. Eine Änderung im Juni 2013 brachte bedeutende Erleichterungen für den Zuzug von Spätaussiedlern und ermöglichte die nachträgliche Einbeziehung von Angehörigen. Am 16. November 2023 wurde im Deutschen Bundestag

erneut eine wichtige Gesetzesänderung beschlossen. Damit wird die Rückkehr zur früheren Verwaltungspraxis in Bezug auf das Bekenntnis zum deutschen Volkstum im Rahmen des Spätaussiedleraufnahmeverfahrens ermöglicht. Aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts 2021 waren die Anforderungen für Spätaussiedler an ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum erhöht worden. Die dem Urteil angepasste Verwaltungspraxis führte wegen eines abgegebenen „Gegenbekenntnisses“ zu einer großen Zahl von Ablehnungen. Darüber hinaus bedeutet die Gesetzesänderung entscheidende Erleichterungen aktuell für Ukrainedeutsche, die seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit Frühjahr 2022 ihr Land verlassen mussten und ihren Ausiedlungsantrag nicht im Herkunftsland stellen können. Allgemein soll Bewerbern in Zeiten kriegerischer Konflikte, die sich auf ihr Herkunftsland auswirken, die Antragsstellung auf Spätaussiedleraufnahme in die Bundesrepublik auch aus dem Ausland ermöglicht werden. Das Nähere soll eine Rechtsverordnung regeln.

Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation

Die Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sowie für deren Verbände und Landsmannschaften hat in Hessen Tradition. Um die Erinnerung an Flucht und Vertreibung für künftige Generationen lebendig zu halten, beschloss die Hessische Landesregierung unter Führung des damaligen Ministerpräsidenten Volker Bouffier im Jahr 2013 die Einführung eines landesweiten jährlichen „Gedenktages für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“, der erstmals 2014 am zweiten Sonntag im September begangen wurde. Das Gedenken und Erinnern bezieht mit dem Begriff „Deportation“ ausdrücklich auch die Deutschen aus Russland in das Gedenken ein. Zugleich soll der Gedenktag zu Verantwortung und Versöhnung mahnen und sich zudem nicht ausschließlich

auf deutsche Opfer beschränken. Im Jahr 2017 wurde der Termin vom zweiten auf den dritten Sonntag im September verlegt.

Die zentrale Veranstaltung zum „Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ mit der Ansprache des Ministerpräsidenten wird traditionell gemeinsam mit dem „Tag der Heimat“ des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der Rottunde des Biebricher Schlosses in Wiesbaden begangen. Im Jahr 2020 musste der Gedenktag aufgrund der Corona-Pandemie entfallen. Der Landesgedenktag ist zu einer guten Gelegenheit geworden, den Austausch zwischen Landesregierung, Parlamentariern und den Mitgliedern der Vertriebenenverbände zu pflegen.



6. Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat am 15.9.2019 unter dem Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden



8. Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat am 19.9.2021 unter dem Leitwort „Vertreibungen und Deportationen – Völkerverständigung fördern“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden



8. Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat am 19.9.2021 unter dem Leitwort „Vertreibungen und Deportation ächten - Völkerverständigung fördern“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden



9. Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat am 18.9.2022 unter dem Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden



10. Hessischer Gedenktag und zentraler Tag der Heimat am 17.9.2023 unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung - Geißeln der Menschheit“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden

P R O K L A M A T I O N

des Hessischen Ministerpräsidenten zum Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation



Rund ein Viertel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger haben Flucht oder Vertreibung selbst erlebt oder sind durch das Schicksal der nächsten Angehörigen davon betroffen. Sie verloren ihr Eigentum, ihre Heimat und viele auch ihre Angehörigen.

Wir wollen die Erinnerung an diese Ereignisse für künftige Generationen lebendig halten und zu Verantwortung und Versöhnung mahnen. Dieser Gedenktag ist auch ein Zeichen der würdigenden Anerkennung für die gelungene Integration und die Aufbauleistung der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in Hessen.

Er soll weiterhin an das Miteinander in Europa erinnern und dieses fördern, damit Vertreibungen und Deportationen im Sinne der Charta der Heimatvertriebenen als Mittel der Politik geächtet bleiben. Er ist ein Tag der Erinnerung und Mahnung zur Wahrung der Menschenrechte, für Frieden und Freiheit. Dieser Tag relativiert nicht das Gedenken an andere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des 2. Weltkrieges.

Ich erkläre den zweiten Sonntag im September, beginnend ab dem Jahr 2014, zum jährlichen „Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ und rufe dazu auf, diesen Tag in würdiger Weise zusammen mit den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Hessen zu begehen.



Volker Bouffier

Hessische Ministerpräsident

Wiesbaden, 27. August 2013

Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Seit dem Jahr 2015 wird von der Bundesregierung der „Nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ in Verbindung mit dem Weltflüchtlingstag jährlich am 20. Juni begangen. An diesem Tag wird der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung und insbesondere der deutschen Vertriebenen gedacht. Der Gedenktag wird mit einer Gedenkstunde der Bundesregierung in Berlin durchgeführt, an der die Vertreter der Vertriebenenverbände, Landsmannschaften und Spätaussiedlerorganisationen teilnehmen. Ebenso nimmt die Hessische Landesbeauftragte regelmäßig an der feierlichen Gedenkstunde teil, für deren Ausrichtung das Bundesministerium des Innern und für Heimat zuständig ist. Oberste Bundesbehörden und ihre Geschäftsbereiche sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht von

Bundesbehörden unterstehen, werden an diesem Tag vollmast beflaggt. Die Verknüpfung des Gedenktages mit dem Weltflüchtlingstag wird insbesondere aus Kreisen der betroffenen Heimatvertriebenen mit einer gewissen Skepsis betrachtet, da eine inhaltliche Trennung zwischen dem Schicksal der heutigen Flüchtlinge und den deutschen Heimatvertriebenen nicht ohne Weiteres umzusetzen sei. Daher haben die Länder Hessen, Bayern und Sachsen in enger Abstimmung mit den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften bereits 2014 einen jeweils eigenen landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung eingeführt. Damit soll die eigene deutsche Geschichte in den Blick genommen, das Sonderopfer von Millionen deutschen Landsleuten gewürdigt und ein Zeichen des nationalen Verstehens gegeben werden.



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit Schülern der Fuldaer Winfriedschule und Oberstufenlehrer Robert Brand beim 5. bundesweiten Gedenktag am 20. 6. 2019 im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Hessischer Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 beschloss die Hessische Landesregierung, erstmals im Jahr 2011 den Hessischen Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ auszuschreiben, der alle zwei Jahre verliehen wird. Der Preis wurde im Jahr 2023 zum siebten Mal vergeben und ist mit 7.500 Euro dotiert. Er kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Ausgezeichnet werden hervorragende kulturelle, literarische oder wissenschaftliche Arbeiten aus den Themengebieten Flucht, Vertreibung und Eingliederung. Insbesondere sollen auch junge Menschen angesprochen und ermuntert werden, sich mit der Geschichte Deutschlands und der Siedlungsgebiete der Deutschen im östlichen Europa zu beschäftigen.

Träger des Landespreises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“:

1. **Preisvergabe** am 18. Juni 2011 anlässlich des „Tages der Vertriebenen“ beim 51. Hessianstag in Oberursel; Thema: **„60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“**

Preisträger:

- Herr **Eckhard Scheld** für sein vielfältiges Engagement als Pädagoge bzgl. des Themenkomplexes Flucht, Vertreibung, Eingliederung und Versöhnung mit den östlichen Nachbarn, das bei Schülern wie bei Lehrern zu einem großen Verständnis für diese Materie führte.

Sonderpreis:

- Frau **Eva Bendl** für ihre Masterarbeit an der Universität Augsburg: „Ich bin ein Südmährer und fertig. Zur regionalen Identitätsbildung der Vertriebenen aus Südmähren in Deutschland“.

2. **Preisvergabe** am 15. Juni 2013 anlässlich des „Tages der Vertriebenen“ beim 53. Hessianstag in Kassel; Thema: **„250. Jahrestag des Einladungsmanifestes der Zarin Katharina II.“**

Preisträger:

- Herr **Dr. Wendelin Mangold** für die Tragikomödie „Vom Schicksal gezeichnet und geädelt“. Ferner auch für sein gesamtes schriftstellerisches Werk und seine Leistungen auf dem Gebiet der Integration seiner russlanddeutschen Landsleute.
- **Stadt Wetzlar** für die Übernahme der „Patenschaft für das Ostdeutsche Lied“ vor über 50 Jahren.

3. **Preisvergabe** am 30. Mai 2015 anlässlich des „Tages der Vertriebenen“ beim 55. Hessianstag in Hofgeismar; freie Themenwahl.

Hauptpreisträger:

- **Weilburger Forum e.V.** für die Videodokumentation „Gegen das Vergessen: Flucht - Vertreibung - Aussöhnung“.

Weitere Preisträger:

- **Adam-von-Trott-Schule** in Sontra für den Projekttag „Geschichte und Integration der Deutschen aus Russland“.
- Herr **Marcel Isinger**, Schüler der Adam-von-Trott-Schule, für seine Jahresarbeit: „Erzählte Traditionen der Russlanddeutschen“.



5. Verleihung Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ anlässlich der Feierstunde zum „Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden im Jahr 2019 durch Innenminister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf

4. **Preisvergabe** am 10. Juni 2017 anlässlich des „Tages der Vertriebenen“ beim 57. Hessentag in Rüsselsheim; Thema: **„Kirche in der Heimat - Kirche als Heimat der Vertriebenen und Deportierten“**.

Preisträger:

- Herr **Patrick Strosche** für die Diplomarbeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes-Gutenberg- Universität Mainz: „Wohin soll ich mich wenden?“ - Das Ringen um die Aufnahme ostdeutscher Kirchenlieder in das Gesangbuch des Bistums Mainz“.
- Ehepaar **Marlene und Horst Gömpel** für ihr Buch: „...angekommen - Vertrieben aus dem Sudetenland. Aufgenommen in Nordhessen. Vereint in der Europäischen Union“.

5. **Preisvergabe** am 15. September 2019 anlässlich der Feierstunde zum „Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ in Schloss Biebrich in Wiesbaden; Thema: **„Zukunft braucht Erinnerung“**

Preisträger:

- **Heimat- und Geschichtsverein Igstadt e.V.** für das Buchprojekt: „Als der Krieg zu Ende war“ - Igstadt nach 1945 - Chancen und Schwierigkeiten eines Neubeginns.
- Schauspieler **Alexander Bräutigam** und **Robin Middeke**, Kassel, für das Theaterstück: „Die Sudetenvertreibung“
- **Theatergruppe des Vereins Königstädter Hofkonzerte**, Rüsselsheim, für das Theaterstück: „Die Kartoffelkäfer“



6. Verleihung Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ im Pariser Hoftheater in Wiesbaden im Jahr 2021 durch Innenminister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf

6. **Preisvergabe** am 17. November 2021 im Pariser Hoftheater in Wiesbaden; Thema: **„Aktuelle Gedenktage 2020/21“**

Hauptpreisträger:

- **Landmannschaft der Deutschen aus Russland in Hessen (LmDR Hessen e.V.)** mit ihrem Vorsitzenden Johann Thießen für die Theaterstücke „Meine Leute“ und „Vom Schicksal gezeichnet und geadelt“

Zweiter Preisträger:

- **FamilienZentrum Bad Soden-Allendorf e.V.** mit seiner 1. Vorsitzenden Frau Annette Ruske-Wolf für das Ausstellungsprojekt „Fluchtgegenstände - eine Brücke zwischen alter und neuer Heimat“

Sonderpreisträger:

- **Stefan Konrad** aus Breitscheid für sein Buch „Die Flüchtlinge - keine Tränen mehr zum Weinen“

7. **Preisvergabe** am 21. November 2023 im Pariser Hoftheater in Wiesbaden; Thema: **„70 Jahre BdV - Bund der Vertriebenen in Hessen“**

Hauptpreisträgerin:

- **Marta Kaffanke-Fuchs**, Friedrichsdorf, für ihr Buch „Schönwald und die Schönwälder - Geschichte und Schicksal“

Zweiter Preisträger:

- **Otokar Löbl**, Frankfurt am Main, für seine verschiedenen Projekte und seinen intensiven Einsatz für die Versöhnung und Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen, welche durch seine Arbeit als Vorsitzender des Fördervereins Saaz /Žatec e.V. deutlich wird.



7. Verleihung Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ im Pariser Hoftheater in Wiesbaden im Jahr 2023 durch Innenminister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf

Zukunft der Heimatmuseen und Heimatstuben

Besondere Orte der Erinnerungskultur der Heimatvertriebenen sind die in den Nachkriegsjahrzehnten aufgebauten Heimatsammlungen und Heimatstuben. In ihnen werden Erinnerungsgegenstände unterschiedlicher Art ebenso aufbewahrt wie historische, künstlerische oder volkskundliche Objekte sowie Bücher und Archivalien. Die Mehrheit der Einrichtungen wird bis heute von landsmannschaftlichen Organisationen getragen, deren Mitglieder die zumeist ehrenamtliche Betreuung übernehmen. Durch den Erhalt und die Dokumentation der von den Heimatvertriebenen mitgebrachten Gegenstände und Traditionen leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu der durch Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz Bund und Ländern auferlegten Verpflichtung, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu erhalten und zu pflegen.

Aufgrund des demographisch bedingten Schwindens der Erlebnisgeneration sind viele Sammlungen in ihrer Existenz bedroht. Einige der ursprünglich rund 56 Heimatsammlungen in Hessen sind aufgrund der Auflösung der vor Ort betreuenden Heimatkreise bereits verschwunden. Wertvolles Kulturgut geht damit unwiederbringlich verloren. Dies trifft auch die jeweilige Ankunfts Kommune schwer, denn so wie die Menschen, die seinerzeit als Vertriebene nach Hessen gekommen sind und mit den Jahren zu einem festen Teil ihrer Stadt und Gemeinde wurden, so ist auch deren Geschichte heute ein selbstverständlicher Teil der jeweiligen Stadt- und Ortsgeschichte der Ankunfts Gemeinde.

Bei einer drohenden Auflösung einer Heimstube sollte daher aus Sicht der Landesbeauftragten die Übernahme der Sammlung durch die Kommune und deren Integration in das örtliche Stadt- bzw. Regionalmuseum oder eine andere kommunale Kultureinrichtung erste Priorität haben. Die Fachtagung „Zukunftssicherung der ostdeutschen Heimatmuseen und Heimatstuben in Hessen“ des BdV-Landes-

verbandes Hessen widmete sich bereits 2019 in besonderer Weise den hessischen Heimatstuben und Heimatsammlungen. Im August 2023 fand zu diesem Thema auf Einladung der Landesbeauftragten im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport ein konstruktives Gespräch der Landesbeauftragten mit den Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände und dem BdV-Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Landesvertriebenenbeirates Siegbert Ortmann statt. Alle Beteiligten äußerten übereinstimmend die Bereitschaft, sich in der Sache konstruktiv zu verständigen und eine Lösung anzustreben, um die Sammlungen, Denkmale und Erinnerungsstätten der Heimatvertriebenen sukzessive in die Verantwortung der Ankunfts kommunen zu übernehmen. Die kommunalen Spitzenverbände haben daraufhin den Beschluss gefasst, diesem Wunsch nachzukommen und dazu mit dem hessischen BdV zusammenzuarbeiten. Die Landesbeauftragte konnte bereits in einigen Fällen, wie in Fulda, Heppenheim und Hünfeld, vermittelnd bei der Beratung zwischen Trägerverband und Kommune mitwirken.

Neben der Integration der Heimatstuben und Heimatsammlungen in kommunale und regionale Museen, stellt die Digitalisierung der Sammlungen einen weiteren wichtigen Beitrag zur Bestandssicherung dar. Bei dem vom Land Hessen geförderten Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in Hessen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen geht es um die Vorstellung einzelner Sammlungen und die interaktive Präsentation ausgewählter Exponate im Internet mit 3D-Animation. Auf der Webseite www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de finden Interessierte virtuell begehbare Heimatsammlungen, die mit detailreichen Informationen zu den Heimatregionen, zu Exponaten mit 360-Grad-Rundumsicht und nicht zuletzt zu den Heimatsammlungen selbst versehen sind.

Fachtagung „Zukunftssicherung der ostdeutschen Heimatmuseen und Heimatstuben in Hessen“ des BdV-Landesverbandes Hessen am 4.12.2019



Im Jahr 2019 übernahm das Stadtarchiv Fulda die Sammlungen des Heimatkreisverbandes Leitmeritz des örtlichen BdV-Kreisverbandes: Horst Geppert, langjähriger Vors. Heimatkreisverband Leitmeritz; LBHS Margarete Ziegler-Raschdorf; Fritz Schreiber, stv. Vorsitzender Heimatkreis Leitmeritz; Rudolf Bauer, BDV-Vorsitzender Kreisverband Fulda



Besuch des BdV-Kreisverbandes Fulda am 15.10.2020 im Archiv der Stadt Fulda, wo sowohl die Heimatsammlung des Heimatkreises Leitmeritz als auch die Ostdeutsche Heimatsammlung inventarisiert und katalogisiert in klimatisierten Räumen aufbewahrt sind



Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden: Michael Hofmeister, Referatsleiter beim Hessischen Städtetag; Prof. Dr. Jan Hilligardt, Geschäftsführer Hessischer Landkreistag; Staatsminister Peter Beuth; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; Siegbert Ortmann, Landesvorsitzender des BdV - Bund der Vertriebenen Hessen; Johannes Heger, Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (v.l.n.r.), 17.7.2023

Flucht und Vertreibung im Schulunterricht

Der Koalitionsvertrag der beiden regierungs-tragenden Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen für die 20. Legislaturperiode des Hessischen Landtages bestätigt der Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Vertreibung, ihren Folgen und dem damit verbundenen kulturellen Erbe“ eine nicht nachlassende Relevanz und greift damit ein wichtiges Anliegen auf. Die Aufgabe bestehe darin, gerade auch junge Leute an diese Thematik heranzuführen, um die Erinnerung daran wachzuhalten.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist das Land Hessen bei der schulischen Vermittlung des Themas beispielgebend. Bereits seit dem Jahr 2011 ist in Hessen im Kerncurriculum im Fach Geschichte für die Klassen 5 bis 10 aller Schulformen (Sekundarstufe I) das Thema „Flucht und Vertreibung“ verbindlich festgeschrieben. Als erstes Bundesland hat Hessen das Thema auch im Kerncurriculum Geschichte für die Oberstufe verpflichtend verankert. Mit dem Abiturerrlass vom 20. Juni 2016 wurde ab dem Schuljahr 2017/18 das Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“ im Fach Geschichte zum Prüfungsfach im schriftlichen Abitur erhoben. Im Jahr 2020 hat zum ersten Mal ein Abiturient der Rabanus-Maurus-Schule in Fulda seine mündliche Abiturprüfung zu dieser Thematik erfolgreich absolviert.

Für den Schulunterricht stand viele Jahre neben entsprechenden Ausführungen in den Schulbüchern eine spezielle Lehrerhandreichung „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem“ zur Verfügung. Die 95-seitige Broschüre der Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen beleuchtet die Vertreibungen in Europa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts und macht das Leiden durch Berichte, Briefe und Fotos anschaulich. Seit

geraumer Zeit ist diese Lehrerhandreichung vergriffen und wird als Druckversion auch nicht erneut aufgelegt. Das Land Baden-Württemberg hat eine Online-Version veröffentlicht. Insofern ist ein neues attraktives, Interesse weckendes Unterrichtsmaterial für die Schulen von enormer Bedeutung.

Für eine moderne und zeitgemäße Vermittlung des Themas „Flucht und Vertreibung“ im schulischen Unterricht eignet sich in besonderem Maße das neue Digitalportal des BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“. Lehrerinnen und Lehrer finden auf diesem Portal umfangreiches und sehr gut aufbereitetes Material, um Schulklassen auf ansprechende Art und Weise das Schicksal der Heimatvertriebenen zu vermitteln. Das Digitalportal wurde auf Wunsch der Landesbeauftragten als Unterrichtsmaterial in das Schulportal Hessen des Hessischen Kultusministeriums aufgenommen (siehe hierzu ausführlich Seite 40).

Nicht nur wegen der besonderen Beziehungen des Landes Hessen zu den Deutschen aus Russland, sondern aufgrund mangelnder Unterrichtsmaterialien muss das Thema „Flucht und Vertreibung“ im Unterricht um die Geschichte der Volksgruppe der Deutschen aus Russland ergänzt werden. Hierfür steht allen Lehrkräften das Infoportal der IDRH- Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen „Russlanddeutsche in Hessen“ über das Bildungsportal „MUNDO“ online zur Verfügung. „MUNDO“ ist das gemeinsame Bildungsportal aller 16 Bundesländer für frei verfügbare digitale Bildungsmedien für den Schulunterricht. Zudem hat das Hessische Kultusministerium das Infoportal auf dem Unterrichtsportal für Lehrkräfte in Hessen verlinkt (siehe hierzu ausführlich Seite 46).

Jahresgespräche

Als besonderes Zeichen der Verbundenheit und Wertschätzung lädt der Hessische Ministerpräsident seit dem Jahr 2000 Vertreterinnen und Vertreter des BdV-Landesverbandes, der Landsmannschaften und Organisationen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in die Staatskanzlei in Wiesbaden zu einem Jahresgespräch und offenen Gedankenaustausch ein.

Nach der neuen Ressortierung des Themenbereichs Heimatvertriebene und Spätaussiedler und der Einrichtung der Stabsstelle der Landesbeauftragten im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wurde 2019 das Gespräch mit den Verbänden und Landsmannschaften an den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, übertragen. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Jahresgespräche in den Folgejahren entfallen.



Jahresgespräch am 19.11.2019 mit dem Hessischen Minister des Innern und für Sport Peter Beuth im HMdIS



Auf Einladung der Landesbeauftragten fand am 28. 02. 2023 ein herzliches Abschiedstreffen der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften mit Ministerpräsident a.D. Volker Bouffier im Theater im Pariser Hof in Wiesbaden statt.

„Tag der Vertriebenen“ beim Hessentag

Bei zahlreichen Gelegenheiten präsentieren Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Hessen das vielfältige kulturelle Erbe der ehemals deutschen Ost- und Siedlungsgebiete. So gehört seit dem Jahr 2001 der „Tag der Vertriebenen“ mit einem Brauchtumsnachmittag zum festen Bestandteil eines jeden Hessentages in wechselnden Städten des Landes. An diesem Tag stehen heimatliche Tanz-, Gesangs- und Musikdarbietungen auf dem Programm. Auch die öffentliche Sitzung des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen sowie die öffentliche Sprechstunde der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler zählen zu den Programmpunk-

ten am „Tag der Vertriebenen“. Um die Wertschätzung der Hessischen Landesregierung für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zum Ausdruck zu bringen und Kontakte zu den Verbänden zu pflegen, ist es dem Hessischen Ministerpräsidenten ein besonderes Anliegen, bei diesem Anlass die Festrede zu halten.

Im Rahmen des Brauchtumsnachmittages des Bundes der Vertriebenen (BdV) beim 60. Hessentag in Pfungstadt am 3. Juni 2023 zeichnete der hessische BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann den Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, mit der BdV-Verdienstmedaille aus, der höchsten Auszeichnung des Verbandes.



„Tag der Vertriebenen“ beim Hessentag 2019 in Bad Hersfeld

Ministerpräsident Boris Rhein (re.), Innenminister Peter Beuth und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf beim „Tag der Vertriebenen“ beim 60. Hessentag am 3.6.2023 in Pfungstadt



Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

Hessen ist das einzige Bundesland, in dem ein Landesvertriebenenbeirat ununterbrochen seit den 1950er Jahren berufen wird. Der Beirat mit seinem Kulturausschuss und seinem Eingliederungsausschuss berät die Landesregierung in Fragen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sachkundig. Der Kulturausschuss ist für kulturelle Fragestellungen und die Förderung der ostdeutschen Kultur nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes zuständig, während der Eingliederungsausschuss sich mit den Fragen zur Integration der Spätaussiedler befasst.

Die Mitglieder des Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen wurden durch Innenminister Peter Beuth im Frühjahr 2020 für die 22. Tätigkeitsperiode, vom 01.04.2020 bis 31.03.2024, berufen. Vorsitzender des Landesbeirates ist der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Hessen, Siegbert Ortmann. Die Landesbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Beirates teil und unterrichtet diesen über ihre Arbeit.



Neu-Konstituierung des Landesbeirates mit Staatsminister Peter Beuth am 16.9.2021



Öffentliche Sitzung des Landesbeirates beim Hessentag am 3.6.2023: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Landesbeiratsvorsitzender Siegbert Ortmann in der Bildmitte, umrahmt von Beiratsmitgliedern und Gästen

Tage der Heimat

Der Tag der Heimat ist die zentrale Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und findet jährlich im Spätsommer in Berlin statt. An dieser festlichen Veranstaltung mit internationalen Gästen und Repräsentanten aus Bundestag und den Landtagen nimmt die Landesbeauftragte regelmäßig teil und vertritt das Land Hessen. Darüberhinaus wird der Tag der Heimat alljährlich an unterschiedlichen Orten in ganz Deutschland ausgerichtet. Er geht zurück auf die Kundgebung vor dem Stuttgarter Schloss am 6. August 1950, bei der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet wurde.

Neben dem zentralen Tag der Heimat des BdV-Landesverbandes Hessen, der gemeinsam mit dem Hessischen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation am dritten Septembersonntag begangen wird, veranstalten auch die örtlichen Kreisverbände des Bundes der Vertriebenen in zahlreichen hessischen Gemeinden und Städten alljährlich einen Tag der Heimat, zu dem die Landesbeauftragte häufig von den BdV-Kreisverbänden als Festrednerin eingeladen wird.



Zentraler Tag der Heimat des BdV-Bundesverbandes am 31.8.2019: Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme, dem Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Berliner Theodor-Heuss-Platz

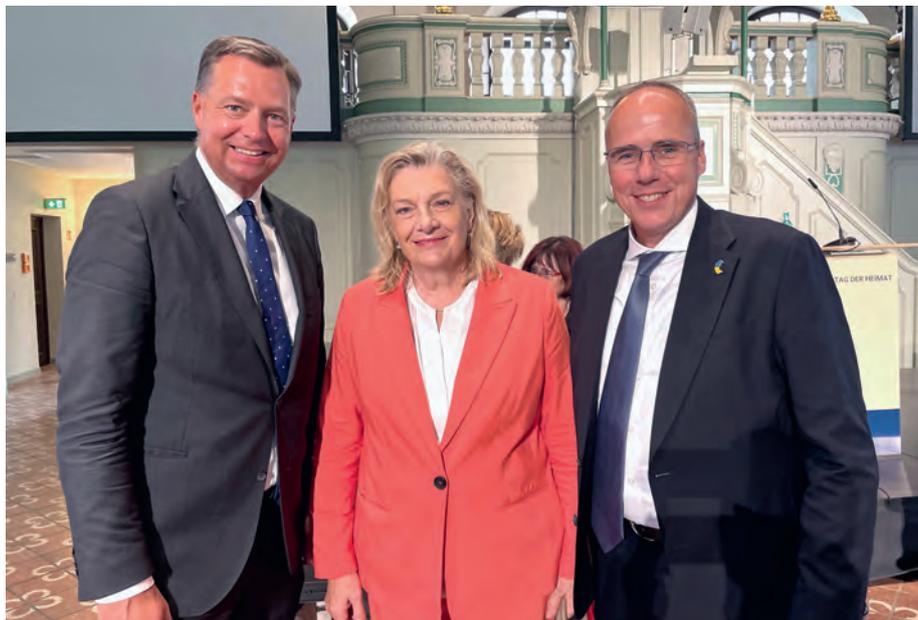


Zentraler Tag der Heimat des BdV-Bundesverbandes am 28.8.2021: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem (li.) Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Prof. Dr. Bernd Fabritius, und dem Bundes- und hessischen Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen, bei der Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme, dem Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Berliner Theodor-Heuss-Platz



Zentraler Tag der Heimat des BdV-Bundesverbandes am 27. 8. 2022: (v. li. n. re.) Hagen Novotny; Andreas Hofmeister MdL (CDU), Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; Wladimir Leysle, Vors. RDU - Rat der Deutschen in der Ukraine; Albina Nazarenus-Vetter; Johann Thieß; Bernard Gaida, Sprecher der AG Deutscher Minderheiten

Zentraler Tag der Heimat des BdV-Bundesverbandes in Berlin am 26.8.2023: Festredner Hessischer Minister des Innern und für Sport Peter Beuth, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, BdV-Vizepräsident Stephan Mayer MdB (CSU), (v.re.)



1.9.2022: „Tag der Heimat“ BdV-Kreisverband Limburg-Weilburg



10.9.2023: „Tag der Heimat“ beim BdV-Kreisverband Hanau-Main-Kinzig

1.10. 2023: „Tag der Heimat“ BdV-Kreisverband Wetzlar



Zusammenarbeit mit dem BdV-Landesverband Hessen und den Landsmannschaften

Die Unterstützung der Verbände der Heimatvertriebenen und Landsmannschaften bei der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz und bei heimat- und verständigungspolitischen Maßnahmen gehört zu den zentralen Aufgaben der Landesbeauftragten. Dabei arbeitet sie eng mit dem hessischen Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) zusammen, berät und unterstützt diesen bei seinen Projekten und Vorhaben. Dies gilt ebenso für die Kooperation mit den Landesvorständen der Landsmannschaften. So konnte mit Hilfe der Landesbeauftragten im Jahr 2022 eine gemeinsame Geschäftsstelle der Landsmannschaften im Haus der Heimat in Wiesbaden eingerichtet werden, die die land-

mannschaftlichen Organisationen in Hessen bei der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe der Erinnerungs- und Kulturpflege unterstützt.

An den Landesverbandstagen und Landeskulturtagen des BdV sowie weiteren Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen nimmt die Landesbeauftragte nach Terminlage ebenso teil wie an den Jahreshauptversammlungen und Kulturtagen der Landsmannschaften. Ein Höhepunkt im Berichtszeitraum war die Teilnahme am Festakt zum 70-jährigen Gründungsjubiläum des BdV-Landesverbandes Hessen im Juni 2023 im Hessischen Landtag.

Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen in Hessen am 30.3.2019



40. Bütower Heimattreffen in Frankenberg / Eder am 25.8.2019

Vorsitzende und Mitglieder der hessischen Landsmannschaften kamen am 7.5.2022 mit der Landesbeauftragten zum Start der Arbeitsaufnahme der neuen gemeinsamen Geschäftsstelle der Landsmannschaften im Wiesbadeener Haus der Heimat zusammen





Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf beim Jubiläumstreffen anlässlich „65 Jahre Patenschaft Butzbach - Tepl“ am 14.9.2019

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf beim Festakt zum 70-jährigen Bestehen des BdV-Kreisverbandes Hochtaunus am 24.6.2019



Festrednerin Margarete Ziegler-Raschdorf beim „Doppeljubiläum“ anlässlich des 75. Jubiläums des BdV-Kreisverbandes Groß-Gerau und des 70. Jubiläums der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Kreisgruppe Groß-Gerau am 27.10.2022



Am 9.12.2021 hatte Innenminister Peter Beuth die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und den Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen - Landesverband Hessen, Siegbert Ortman, in das Hessische Ministerium des Innern und für Sport zu einem gemeinsamen Gespräch geladen

BdV-Präsidium zu Gast im Hessischen Landtag am 8.12.2022



BdV, LmDR, IDRH und Landesbeauftragte zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion nach der Plenardebatte zum Antrag der Regierungsfraktionen von CDU und Bündnis 90/GRÜNE zum Thema Heimatvertriebene und Spätaussiedler am 8.12.2022

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf bei der Landesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Neuwahl des Landesobmanns Markus Decker (Mitte neben LBHS) am 20.5.2023 im Haus der Heimat in Wiesbaden



Festakt am 21.6.2023 im Hessischen Landtag zum 70. Gründungsjubiläum des BdV-Landesverbandes Hessen: (v.l.) BdV-Vizepräsident Stephan Mayer MdB (CSU), BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, stellv. BdV-Landesvorsitzende und Kulturbeauftragte Rose-Lore Scholz, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf, Geschäftsführer der Digitale Lernwelten GmbH PD Dr. Markus Venzke, Hessischer Minister des Innern und für Sport Peter Beuth MdL und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden Gert-Uwe Mende (SPD)

Bundestreffen der Vertriebenenverbände

Ihre Teilnahme an den Veranstaltungen der Vertriebenenverbände in Hessen ist der Landesbeauftragten ein Kernanliegen. Außerdem nimmt sie nach ihren terminlichen Möglichkeiten auch an den großen Bundestreffen der Vertriebenenverbände teil und vertritt das Land Hessen.

Zu den bekanntesten und größten bundesweiten Veranstaltungen gehören das „Deutschlandtreffen der Schlesier“, der „Sudetendeutsche Tag“ und der „Heimattag der Siebenbürger Sachsen“. Die ersten großen Bundestreffen fanden bereits Anfang der 1950er-Jahre statt. Die in alle Himmelrichtungen versprengten Heimatvertriebenen hatten nach dem Verlust ihrer Heimat ein großes Bedürfnis, Familienangehörige, Freunde, ehemalige Nachbarn und Landsleute wiederzufinden und wiederzusehen. So riefen die an den Herkunftsregionen orientierten Landsmannschaften meist jährlich stattfindende Bundestreffen ins Leben, bei denen sich die Heimatvertriebenen wiedersehen, ihre

Gemeinschaft, die Erinnerung an die Heimat und ihr Kulturgut pflegen konnten.

Das erste von der Landsmannschaft Schlesien organisierte **„Deutschlandtreffen der Schlesier“** fand 1950 in Köln statt. Diese anfänglich als „Bundestreffen“ bezeichnete jährliche Großveranstaltung findet seit 1955 alle zwei Jahre statt, ab 1959 wählte man die bis heute gängige Bezeichnung „Deutschlandtreffen der Schlesier“, das seit dem Jahr 2007 durchgängig in Hannover veranstaltet wird. Wesentliche Bestandteile eines jeden Deutschlandtreffens sind der Volkstumsabend, das „Schlesische Dorf“, das katholische Hochamt und der evangelische Festgottesdienst sowie die Politische Hauptkundgebung. Anschließend finden Kulturveranstaltungen und nach Heimatkreisen und Heimatorten gegliederte Begegnungen statt. Im 2021 gab es corona-bedingt erstmals ein ausschließlich „Digitales Deutschlandtreffen“. Auch im Jahr 2023 nahm die Landesbeauftragte am Schlesiertreffen teil



Podiumsdiskussion beim Deutschlandtreffen der Schlesier am 9.6.2023: Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der LM Schlesien; Deniz Kurku, niedersächsischer Landesbeauftragter für Migration und Teilhabe; LBHS Margarete Ziegler-Raschdorf; Moritz Wolff, Mitglied „Junges Schlesien“ der LM Schlesien und Theo Rauhut, Moderator der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.)



Verleihung des Schlesierkreuzes an Margarete Ziegler-Raschdorf durch den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut (Mitte) am 30.5.2019, (re.) Generalvikar a. D. Prof. Dr. Gerhard Stanke, (li.) Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier Klaus Plaszczyk

und berichtete im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu zentralen Punkten ihrer Arbeit. Für die in ihrer Amtszeit erworbenen Verdienste für Schlesien und die Kulturpflege der Heimatvertriebenen, wurde Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf im Jahr 2019 bei der Bundesversammlung der Landsmannschaft Schlesien in Fulda mit dem Schlesierkreuz ausgezeichnet.

Der **Sudetendeutsche Tag** ist ein seit 1950 jährlich an Pfingsten stattfindendes Zusammentreffen der Sudetendeutschen, das in der Regel abwechselnd in Nürnberg und Augsburg mit großem Programm begangen wird. Im Jahr 2021 fand der Sudetendeutsche Tag in München, 2022 in Hof und 2023 in Regensburg statt. Neben der Verleihung des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Lands-

mannschaft (seit 1958) sind die wesentlichen Programmpunkte des mehrtägigen Sudetendeutschen Tages der Volkstumsabend und das Volkstanzfest, das Böhmisches Dorffest am Pfingstamstag sowie die Messe und Hauptkundgebung am Pfingstsonntag. Anschließend finden in den Messehallen nach Heimatlandschaften und Heimatkreisen gegliederte Treffen, weitere Arbeitskreise, Ausstellungen und ein großes Kulturprogramm statt. Im Jahr 2022 war die Landesbeauftragte in Vertretung der Hessischen Landesregierung Ehrengast des viertägigen Sudetendeutschen Tages in Hof.

Seit dem Jahr 1951 führt der große **Heimattag der Siebenbürger Sachsen** ebenfalls am Pfingstwochenende in der bayerischen Stadt Dinkelsbühl Angehörige und Gäste der Siebenbürger



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bernd Posselt sowie der Vorsitzenden des BdV-Kreisverbandes Damstadt-Dieburg Gisela Greiner beim 72. Sudetendeutschen Tag am 4.6.2022



Bei der Kulturveranstaltung
im Rahmen des Sudeten-
deutschen Tages am 3.6.2022
in Hof

Sachsen aus aller Welt zusammen. Im Jahr 2023 war der Landesverband Hessen der Siebenbürger Sachsen Mitausrichter des Treffens, an dem die Landesbeauftragte an allen drei Tagen als Ehrengast des Heimattages teilnahm und in Vertretung des Hessischen Ministerpräsidenten im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung ein Grußwort überbrachte. Die Siebenbürger Sachsen leben sichtbar ihre Traditionen und ihre Kultur und binden dabei alle Generationen ein. Dies zeigt sich im vielseitigen Programm des Heimattages, der sich über die ganze Stadt erstreckt und regelrechten Volksfestcharakter hat. Die Teilnehmenden zeigen die Zugehörigkeit zu ihrer Gemeinschaft und ihrer Volksgruppe durch ihre Mitwirkung am großen Trachten- und

auch Fackelumzug auf dem Weg zur Gedenkstätte am Rande der Stadt.

Die großen Bundestreffen stehen jeweils unter einem spezifischen Leitsatz und bieten ein reichhaltiges, beeindruckendes Programm mit hochrangigen Festrednern und Rednerinnen, Fachvorträgen zu Geschichte und Kultur der jeweiligen Landsmannschaft sowie Kulturveranstaltungen bei Musik und Trachtentanz. Die aufwändigen Großveranstaltungen, die in früheren Jahren mehrere hunderttausend Heimatvertriebene zusammenführten, sind stets wichtige Gelegenheiten, um Gespräche mit Akteuren und Repräsentanten zu führen, Kontakte zu pflegen oder neu zu knüpfen, vor allem aber um großartige stärkende Gemeinschaft zu erleben.



Rainer Lehni, Bundesvorsitzender der Siebenbürger Sachsen; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; Dr. Christoph Hammer, Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl und Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen beim Heimattag der Siebenbürger Sachsen 2023 in Dinkelsbühl am 27.5.2023

Patenschaften des Landes Hessen

Ausdruck der gelebten Solidarität mit den Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten von Deutschen im östlichen Europa sind die seit Jahrzehnten gepflegten Patenschaften zu einzelnen Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften, die jeweils jährlich eine angemessene Unterstützung erhalten. Eine besondere Beziehung hat das Land Hessen zu den Deutschen aus Russland, da viele deutsche Auswanderer, die sich im 18. Jahrhundert auf Einladung der Zarin Katharina II. im Russischen Reich an der Wolga niederließen, aus Hessen stammten. Vor diesem Hintergrund übernahm das Land Hessen 1985 formlos die Patenschaft über die Wolgadeutschen, die im Jahr 1999 offiziell bestätigt wurde.

Um die Arbeit der Landsmannschaft Weichsel-Warthe zu unterstützen, das kulturelle Erbe der Deutschen aus Polen zu wahren und die Bemühungen der Landsmannschaft zu fördern,

Brücke zwischen dem deutschen und polnischen Volk zu sein, hat das Land Hessen im Jahr 1990 die Patenschaft über die Landsmannschaft Weichsel-Warthe übernommen.

Eine dritte Patenschaft des Landes Hessen besteht seit 1990 für die Deutsch-Baltische Gesellschaft. Bis heute befindet sich der Sitz der Deutsch-Baltischen Gesellschaft im Haus der Deutsch-Balten in Darmstadt.

An den Jahrestreffen und insbesondere Kulturveranstaltungen der Patenschafts-Landsmannschaften nimmt die Landesbeauftragte regelmäßig teil.

Neben dem engen Kontakt zu den Patenschafts-Organisationen begleitet die Landesbeauftragte auch die rund 40 kommunalen Patenschaften, die Kommunen und Landkreise über Heimorte bzw. Heimatkreise der Heimatvertriebenen übernommen haben.



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (4.v.l.) neben dem Bundes- und Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Johann Thießen und weiteren Mitgliedern am Gedenkstein der Wolgadeutschen in Wiesbaden-Biebrich zum 79. Jahrestag der Deportation am 28.8.2020



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) Dr. Martin Sprungala (Mitte), Turgut Yüksel MdL (SPD, re.) und dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut (2.v.l.) bei der Bundeskulturtagung der LWW am 14. 6. 2022 in Fulda

Bundestreffen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft am 13.5.2023 im Haus der Deutschen in Darmstadt:
 Achim Güssgen-Ackva, Hessische Landeszentrale für politische Bildung; Alda Vanada, Botschafterin der Republik Lettland; Andreas Hansen, Bundesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Gft; Christian Toop, stv. Bundesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Gft.; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; Thomas von Lüpke, Deutsch-Baltisches Kulturwerk und Roomet Sormus, Wirtschafts-Attaché der estnischen Botschaft



Dauerausstellung „Vertriebene in Hessen“ im Hessenpark Neu-Anspach

Bereits seit 1987 widmet sich eine Dauerausstellung im Hessenpark in Neu-Anspach den Heimatvertriebenen in Hessen. Im Jahr 2002 erfuhr diese Ausstellung eine inhaltliche und räumliche Ergänzung und wurde 2003 unter dem Namen „Vertriebene in Hessen“ wiedereröffnet. In zwei Ausstellungsgebäuden werden der Weg und die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. Während in der „Scheune aus Damshausen“ die Geschichte der Ostsiedlung dargestellt und die Wege der Deutschen auf ihrer Flucht und Vertreibung nachgezeichnet werden, widmet sich der Ausstellungsteil im benachbarten „Haus aus Sterzhausen“ ihrer Ankunft und dem beschwerlichen Weg der Eingliederung.

Die Ausstellung im „Haus aus Sterzhausen“ wurde in den letzten Jahren gemäß aktueller

musealer Vermittlungsstandards grundlegend neu konzipiert und gestaltet und soll im Jahr 2024 eröffnet werden. Die völlig neu erarbeitete Präsentation widmet sich der Ankunft, Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen in Hessen. Thematisch geht es dabei um die Versorgung, Unterbringung, Arbeitsaufnahme, Wohnungsbau, politische Teilhabe, Bewahrung des kulturellen Erbes der Herkunftsgebiete und die erfolgreiche wirtschaftliche und kulturelle Integration der Heimatvertriebenen in die hessische Nachkriegsgesellschaft.

Neukonzeption und Umgestaltung der Ausstellung im „Haus aus Sterzhausen“ werden maßgeblich vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport finanziell gefördert.



Hofanlage mit dem Wohnhaus aus Sterzhausen (links) und der Scheune aus Damshausen (rechts)

Kulturarbeit der Verbände und Landsmannschaften

Das Land Hessen stellt erhebliche finanzielle Mittel für die Verbände der Heimatvertriebenen und Landsmannschaften zur Verfügung, um deren ehrenamtliche Gedenk- und Kulturarbeit nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes zu unterstützen. Im Jahr 2020 wurden die Haushaltsmittel für die Kulturförderung im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal um 50 Prozent erhöht und sind im Vergleich zu anderen Ländern auf einem hohen Niveau. Hierbei ist die Bandbreite der geförderten Projekte sehr groß: von der Inventarisierung und Digitalisierung von Heimatstuben über moderne Digitalportale zur zeitgemäßen Vermittlung des Schicksals von

Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern, der Errichtung und Restaurierung von Vertriebenen- und Spätaussiedlerdenkmälern bis hin zu Fahrten in die Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen. Darüber hinaus spielen die Kulturtag des BdV-Landesverbandes Hessen sowie die Landeskulturtag der einzelnen Landsmannschaften und regelmäßige Ausstellungen im Haus der Heimat eine wichtige Rolle für die Kulturarbeit in Hessen. Mit seinem YouTube-Kanal „Culture to go“ übernimmt der Bund der Vertriebenen in Hessen bundesweit eine Vorreiterrolle für eine moderne, zeitgemäße Kulturarbeit der Heimatvertriebenen.



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf bei der LmDR-Theaterpremiere von „Am Anfang war die Zahl“ über russlanddeutsche Kulturgeschichte am 8.11.2022



Die Landesbeauftragte besuchte 2023 die traditionelle Klöppelwoche der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des BdV-Hessen in der Rhön am 23.8.2023



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit Karin Liedtke und Rudolf Mohr von der BdV-Musik- und Gesangsgruppe aus Biebesheim/Dornheim bei der Kulturtagung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 6.11.2021 in Bad Nauheim

Kulturtagung „Mare Balticum“ 2021 der Deutsch-Baltischen Gesellschaft am 19.11.2021: (v.r.) Bundesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Gesellschaft Andreas Hansen; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Verleger Peter Jochen Bosse, Michelstadt



Landeskulturtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen 2022 in Wiesbaden-Nauord am 22./23.10.2022

Schwerpunktbereich „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: „Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“

Mit der Einrichtung des Forschungsbereichs „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: „Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen wurde ein wichtiges Ziel umgesetzt, das die regierungstragenden Parteien der hessischen Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hatten: die wissenschaftliche Aufarbeitung der Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Der neue Schwerpunktbereich ist ein gemeinsames Projekt der Justus-Liebig-Universität und des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft und wird durch das Land Hessen in den Jahren 2022 bis 2026 jährlich mit 300.000 Euro gefördert. Die feierliche Eröffnung fand am 27. April 2023 in der Justus-Liebig-Universität Gießen statt.

Die Einrichtung dieses Schwerpunktereiches bildet einen wichtigen Meilenstein für den Themenbereich der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in Hessen, für den sich die Landesbeauftragte über viele Jahre auf unterschiedlichen Ebenen eingesetzt hat.

Bereits 2012 hatte sich der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann für einen Lehrstuhl ausgesprochen. Seither gab es wiederkehrende Impulse aus den Vertriebenenverbänden, dieses Ziel umzusetzen.

Eine Arbeitsgruppe, die an der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem Herder-Institut angesiedelt ist, wird erstmals die Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler nach dem Zweiten Weltkrieg wissenschaftlich untersuchen. Die Leitung der Arbeitsgruppe aus vier Personen obliegt Prof. Dr. Peter Haslinger, der sich als Historiker bereits intensiv mit dem Themengebiet Flucht und Vertreibung beschäftigt hat.

Auch bundesweit ist an Kooperationen gedacht, nicht zuletzt mit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und dem Netzwerk des Portals „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“. Über das Herder-Institut und das Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo) kann die Arbeitsgruppe außerdem mit einschlägigen Partnern in Ostmitteleuropa zusammenarbeiten.



Eröffnung des neuen Schwerpunktereiches an der Justus-Liebig-Universität am 27. April 2023: (v.r.n.l.) Prof. Dr. Haslinger, Leiter d. Forschungsbereichs, LBHS Margarete Ziegler-Raschdorf, Thomas Konhäuser, Kulturstiftung d. dt. Vertriebenen, Festredner Prof. Dr. Jannis Panagiotidis, Wissenschaftsministerin Angela Dorn MdL, Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, Präsident der JLU und MdL Daniel May (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Digitalportal „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“

In den Jahren 2021 bis 2023 wurde im Auftrag des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen das Digitalportal „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ durch das „Institut für digitales Lernen“ in Zusammenarbeit mit der „Digitale Lernwelten GmbH“ in Eichstätt konzipiert und entwickelt. Die Erstellung der deutschlandweit einzigartigen Informationsplattform zum Thema „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ wurde mit insgesamt rund 110.000 Euro vom Land Hessen aus Fördermitteln für die Kulturförderung im Bereich des § 96 Bundesvertriebenengesetz unterstützt und durch die Landesbeauftragte begleitet. Seit Juni 2023 steht das Portal Interessierten unter fluchtundvertreibung.dilewe.de kostenfrei zur Verfügung.

Das Digitalportal behandelt die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen und die besondere Rolle, die ihre Erfahrungen und Lebensleistungen auch und vor allem für das heutige Hessen haben und bettet das Flucht- und Vertreibungsgeschehen in einen größeren historischen Kontext ein. Es nutzt dafür einen modernen digital-didaktischen Vermittlungsansatz, kombiniert klassische Fotos, Textquellen und Zeitzeugeninterviews mit Videos, Audios, multimedialen Webanwendungen und Gamification-Elementen, um die Auseinandersetzung mit diesem Thema für heutige Zielgruppen ansprechend und interessant zu gestalten.



Startseite des Digitalportals „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“

Das Digitalportal richtet sich nicht nur an die Mitglieder der Verbände der Heimatvertriebenen und Landsmannschaften, sondern will alle geschichtsinteressierten Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Es ist vor allen Dingen ganz besonders für den Schulunterricht geeignet. Lehrerinnen und Lehrer finden auf diesem Portal umfangreiches und sehr gut aufbereitetes Material, um in den Schulklassen auf moderne und ansprechende Art und Weise das Schicksal der Heimatvertriebenen zu vermitteln und zu erklären, wie es überhaupt zu Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten kommen konnte. Daher wurde das Digitalportal auf Wunsch der Landesbeauftragten als Unterrichtsmaterial in das Schulportal Hessen des Hessischen Kultusministeriums aufgenommen.



Freigabe des Digitalportals „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ am 21.6.2023: (v.l.) BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, stellv. BdV-Landesvorsitzende und Kulturbeauftragte Rose-Lore Scholz, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf, Geschäftsführer der Digitale Lernwelten GmbH PD Dr. Markus Ventzke und der Hessische Minister des Innern und für Sport Peter Beuth MdL

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts, die auch durch finanzielle Zuwendungen des Landes Hessen gefördert wird. Als Vertreterin der Hessischen Landesregierung ist die Landesbeauftragte Mitglied des Kuratoriums der Stiftung.

Als überregionale Kultureinrichtung aller Vertriebenen hat sich die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen seit der Gründung im Jahre 1974 der wichtigen Aufgabe angenommen, im Sinne des Kulturparagraphen § 96 des Bundesvertriebenengesetzes das vielfältige Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Deutschen und des Auslands lebendig zu erhalten und das in seiner Tradition stehende kulturelle Schaffen zu fördern. Sie verwirklicht ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit

universitären Einrichtungen, Institutionen und einzelnen Wissenschaftlern in Deutschland sowie den Nachbarländern im östlichen Europa. Die Kulturstiftung analysiert Stand und Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten des östlichen Europa und bietet den Vertriebenen und der gesamten Öffentlichkeit entsprechende Informationen. Als verbandsübergreifende, bundesweit agierende Organisation bringt die Kulturstiftung Verbände, Landsmannschaften, deutsche Minderheiten aus den Herkunftsgebieten und weitere Akteure zusammen und bietet eine wichtige Plattform für Vernetzung und Austausch. Die Landesbeauftragte arbeitet bei vielen Veranstaltungen mit der Kulturstiftung zusammen, ist deren Gast auf Podiumsdiskussionen oder unterstützt ihre Projekte.



Gäste der internationalen Begegnungstagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Wiesbaden vom 22. - 24.9.2021

Podiumsdiskussion am 15.9.2023 bei der Begegnungstagung „Kultureinrichtungen im Dialog“ der Kulturstiftung: (v.l.) Beauftragter des Landes NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks, Vorsitzende der Sprach- und Partnerschaftsinitiative e.V. Gelnhausen Dr. Olga Martens, Geschäftsführer der Kulturstiftung Thomas Konhäuser, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien Stephan Rauhut



Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen

Im Berliner Stadtteil Kreuzberg befindet sich im ehemaligen Deutschlandhaus das Dokumentationszentrum „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, das am 21. Juni 2021 in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet wurde. Träger des Dokumentationszentrums ist die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV) mit Sitz in Berlin. Aufgabe der Stiftung ist es, das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu dokumentieren und gleichzeitig die Völkerverständigung zu fördern. Mit der Stiftung und der Errichtung des Dokumentationszentrums unterstreicht die Bundesregierung ihre besondere Verantwortung für die Aufarbeitung des millionenfachen Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen. Neben der Dauerausstellung und regelmäßigen Wechselausstellungen stehen Interessierten im Dokumentationszentrum eine wissenschaftliche Spezialbibliothek sowie ein digitales Archiv mit Dokumenten, Fluchtberichten und bewegenden Zeitzeugeninterviews zur Verfügung. Mit einem vielfältigen Bildungsangebot wendet sich das Dokumentationszentrum zudem mit Führungen, Workshops

und Fortbildungen an Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und Studierende.

Neben der Bundesstiftung SFVV gibt es die Stiftung des BdV: „Zentrum gegen Vertreibungen“ (ZgV) mit Sitz in Wiesbaden, für die das Land Hessen eine Patenschaft übernommen hat, der auch andere Länder gefolgt sind. Alleine Hessen hat als Patenland 300.000 Euro bereitgestellt. Die Stiftung will das Thema Flucht und Vertreibung als Teil deutscher und europäischer Geschichte nicht nur als historisches und kulturelles Forschungsgebiet identifiziert wissen, sondern als lebendige Erinnerung und als Mahnung mitten in unserer Gesellschaft verankern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der mehr als 14 Millionen Deutschen, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg von Flucht und Vertreibung betroffen waren, sondern auch um die Schicksale vieler anderer europäischer Völker. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung seit dem Jahr 2006 fünf Wanderausstellungen konzipiert, die inzwischen von Millionen Menschen in der gesamten Bundesrepublik gesehen wurden.



Deutschlandhaus
in Berlin

Dem Preisträger des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2021, Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck, gratulieren am 4.7.2021 Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz (CDU) und Landtagsabgeordneter Andreas Hofmeister (CDU)



Neben der Ausstellungstätigkeit vergibt das „Zentrum gegen Vertreibungen“ alle zwei Jahre in der Frankfurter Paulskirche den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, der an Einzelpersonen, gelegentlich aber auch an Initiativen oder Gruppen verliehen wird, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer, rassistischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Zu den Preisträgern gehören u.a. Bundespräsident a. D. Joachim Gauck sowie der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf mit dem Preisträger des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2023, dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis in der Frankfurter Paulskirche am 6.6.2023



Haushaltsmittel

Gestiegene Kosten, das Schwinden der Erlebnisgeneration und der damit verbundene Rückgang des ehrenamtlichen Engagements in den Vertriebenenverbänden erfordern ein größeres finanzielles Engagement, um auch künftig eine gute Erinnerungs- und Kulturarbeit sicherzustellen, wie sie § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) Bund, Ländern und indirekt auch den Kommunen auferlegt. Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes für die Legislaturperiode 2019 bis 2024 wurden am 19. Februar 2020 die Kulturmittel für die Erinnerungs- und Kulturarbeit nach § 96 BVFG ab dem Jahr 2020 von 600.000 Euro auf 900.000 Euro jährlich erhöht. Gegenüber den Vorjahren 2014 bis 2019 entspricht dies einer Erhöhung um 50 Prozent.

Im Rahmen dieser Mittel wurde die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen

(BdV) im Vergleich zu dem bis 2019 bereitgestellten Budget von 243.000 auf 300.000 Euro angehoben, die der Patenschafts-Landsmannschaft Weichsel-Warthe von 77.000 auf 100.000 Euro, die der Deutsch-Baltischen Gesellschaft, für die ebenfalls eine Patenschaft des Landes besteht, von 60.700 auf 80.000 Euro. Eine kräftige Erhöhung der Landesmittel von bisher 41.000 auf künftig 100.000 Euro erfolgte auch zugunsten der Landsmannschaften. Darin sind Mittel für die Förderung von Maßnahmen und Veranstaltungen sowie zur Beschaffung und Verteilung von Büchern und Zeitschriften zur ostdeutschen Kultur ebenso enthalten wie für Digitalisierungsprojekte, die auch dem Schulunterricht zugutekommen, und nicht zuletzt für die Unterstützung der grenzüberschreitenden Verständigungs- und Versöhnungsarbeit.

Zentrales Anliegen der Landesbeauftragten ist es, auf den schweren Schicksalsweg der Deutschen aus Russland aufmerksam zu machen, um die Akzeptanz und das Verständnis für Spätaussiedler zu erhöhen. Sie unterstützt entsprechende Publikationen, Ausstellungen, Vorträge und digitale mediale Informationsmöglichkeiten, die hierzu beitragen, wie das neue digitale und interaktive Infoportal „Russlanddeutsche in Hessen“ [russlanddeutsche-hessen.de](https://www.russlanddeutsche-hessen.de). Die Landesbeauftragte arbeitet hierbei eng mit der Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen zusammen, einem Zusammenschluss des hessischen Landesverbandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) und der Deutschen Jugend aus Russland (DJR - Hessen e.V.).

Zugleich setzt sich die Landesbeauftragte dafür ein, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bei ihrer gesellschaftlichen Eingliederung von Anfang an zu unterstützen. Sie fungiert dabei auch als Ansprechpartnerin für Einzelschicksale. Bei zahlreichen persönlichen, schriftlichen und telefonischen Eingaben konnte sie zufriedenstellende Lösungen herbeiführen. Auch gehört die Unterstützung für bereits länger in Hessen lebende Spätaussiedler im Rahmen einer sogenannten „nachholenden Integration“ zu ihren Aufgaben.



Gruppenfoto der Fachtagung „Erinnerungsorte der Deutschen aus Russland – Studienreise an die Wolga“ im Jahr 2020 in Hanau

Im Jahr 2021 jährte sich zum 80. Mal der Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941, durch den deutsche Volkszugehörige in der Sowjetunion zwangsweise und brutal nach Zentralasien deportiert wurden und die Auflösung der Wolgadeutschen Republik erfolgte. Im Bundesvertriebenengesetz wird das schwere Kriegsfolgeschicksal der Deutschen in Russland ohne individuellen Einzelnachweis pauschal anerkannt und ist neben der deutschen Volkszugehörigkeit der Grund für das

Recht auf Aussiedlung und Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland.

Da die Zuzugszahlen auch vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs wieder leicht ansteigen, bleibt die Integration von Spätaussiedlern weiterhin eine wichtige Aufgabe. Hierzu gehört etwa die Unterstützung der Beratungs- und Begegnungstätten für Spätaussiedler, die vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport gefördert werden.

Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen - IDRH gGmbH

Um die nachhaltige Integration der Deutschen aus Russland zu fördern, stellt das Land Hessen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Einen wesentlichen Anteil der Mittel in Höhe von 300.000 Euro erhält die Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland (IDRH) als institutionelle Förderung.

In der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft ist die IDRH ein Zusammenschluss der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) - Landesgruppe Hessen und der Deutschen Jugend aus Russland in Hessen (DJR-Hessen e.V.).

Mit einem vielfältigen Veranstaltungsangebot und zahlreichen außerschulischen Bildungsmaßnahmen unterstützt die IDRH die Eigeninitiative von Russlanddeutschen vorwiegend bei ihrer nachholenden Integration. Neben der Identitätssuche und -stärkung soll vor allem die Teilhabe am gesellschaftlichen, beruflichen und politischen Leben sowie die Entwicklung von Medienkompetenzen gefördert werden. Dabei sind die hessenweit tätigen hauptamtlichen Bildungsreferentinnen in den drei Bereichen „Soziales, Familien, Senioren“, „Jugend,



Historisches Medienprojekt der IDRH anlässlich 260 Jahre Einladungsmanifest der Zarin Katharina der Großen am 30.9.2023 in Schloss Büdingen: Die beiden Schauspieler Oleg von Riesen und Katharina Martin-Violainen, Bürgermeister der Stadt Büdingen Benjamin Harris, IDRH-Geschäftsführerin Albina Nazarenus-Vetter und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf



Die Landesbeauftragte informiert sich am 22.11.2022 gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen ihrer Stabsstelle vor Ort über das Projekt „Wir helfen in Not“: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (3. v. links), Albina Nazarenus-Vetter, IDRH-Geschäftsführerin (rechts daneben), Veronika Nissen, Migrationsberaterin (3. v. rechts), Biljana Ilic und Katharina Martin-Violainen, Mitarbeiterinnen der IDRH (rechts im Bild), sowie Annette Stoll und Yvonne Kremer, Mitarbeiterinnen der Stabsstelle LBHS (links im Bild)

Kultur, Bildung“ sowie „Medien-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ Ansprechpartnerinnen für alle Gliederungen der LmDR und DJR in Hessen. Aufgrund der aktuell herausfordernden Gesamtlage mit dem starken Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist künftig ein stärkeres Engagement bei der Eingliederung der Spätaussiedler von Anfang an erforderlich, z.B. bei der vorläufigen Erstunterbringung, der Wohnungssuche und der Identitätsorientierung.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 gegen die Ukraine unterstützt das Land Hessen das Projekt „Wir helfen in Not“, in dem die IDRH neben Spendenaktionen für die Ukraine alle Hilfsmaßnahmen für ukrainische Flüchtlinge im Rhein-Main-Gebiet bündelt. Hierzu gehören insbesondere Deutschkurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie Musik-, Foto-, Kunst-, Mal- und Kochkurse und Sportunterricht. Auch Ausflüge und Angebote für Familientherapie und Trauma-Verarbeitung sind Bestandteile des Projekts.

Infoportal „Russlanddeutsche in Hessen“

Das Infoportal „Russlanddeutsche in Hessen“ ist eine völlig neue digitale Lern- und Informationsplattform, die im Auftrag der Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen (IDRH) durch das „Institut für digitales Lernen“ in Zusammenarbeit mit der „Digitale Lernwelten GmbH“ konzipiert und erstellt wurde. Gefördert wurde das Projekt vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Auf dem Infoportal gibt es unter der Internetadresse www.russlanddeutsche-hessen.de dreizehn verschiedene Kapitel, die sich mit der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Russlanddeutschen befassen, aber auch mit Themen wie Wiederbeheimatung, Eingliederung und Identität. Der Fokus liegt dabei auf den Russlanddeutschen in Hessen und ihrer Geschichte.

Im November 2021 wurde das Infoportal durch die Landesbeauftragte im Rahmen einer eigenen Veranstaltung im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport offiziell freigeschaltet. Wie sie hierbei betonte, richte sich das Infoportal keineswegs nur an Russlanddeutsche selbst, sondern stehe vor allen Dingen und selbstverständlich allen geschichtsinteressierten Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, um einen umfassenden Überblick über das vielfältige, schwere Schicksal und die reiche Kultur der Deutschen zu erhalten, die aus Russland und der ehemaligen Sowjetunion als Aussiedler und Spätaussiedler zu uns gekommen sind. Die Geschichte der Russlanddeutschen gehört zur Geschichte aller Deutschen und deshalb auch zum Schulunterricht in Hessen. Für den Schulunterricht stellt das Digitalportal eine bedeutende

Unterrichtshilfe dar, da es bisher kein Lehrmaterial für diesen Themenbereich gibt.

Interaktive Module mit Kartenmaterial, Bildergalerien, „Wissenssnacks“ u.v.m. bieten ein kurzweiliges Bildungserlebnis und vermitteln tiefgehende Kenntnisse über die russlanddeutsche (Kultur-)Geschichte. Die Kapitel können als eigene, in sich geschlossene Einheiten verstanden werden, gleichzeitig generieren sie ein umfassendes Gesamtbild mit Querverweisen in die Weltgeschichte. Die Inhalte zielen sowohl auf Individualinteressierte als auch auf Institutionen im Bildungsbereich: Das Material ist frei zugänglich und nutzbar.

Hervorzuheben ist eine interaktive Mediathek, die sich außerhalb der statischen Inhalte befindet. Dort werden Ergebnisse und Lehrmaterial von Bildungsmaßnahmen gesammelt, die sich auf bestimmte Kapitel des Portals beziehen (Beispiel: Kapitel über die „Ulmer Schachtel“ und Ergebnisse einer IDRH-Bildungsreise nach Ulm). Jeder kann etwas zu dieser Mediathek beitragen und sein Material anderen Nutzern zur Verfügung stellen.

Das Hessische Kultusministerium hat das Infoportal „Russlanddeutsche in Hessen“ in das Unterrichtsportal für Lehrkräfte in Hessen aufgenommen. Darüberhinaus ist das Infoportal auch über das Bildungsportal „MUNDO“ online verfügbar. „MUNDO“ ist das gemeinsame Bildungsportal aller 16 Bundesländer für frei verfügbare digitale Bildungsmedien für den Schulunterricht.



Gruppenbild anlässlich der Freischaltung des Infoportals „Russlanddeutsche in Hessen“ am 11.11.2021 – in der Mitte: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf; links daneben: Johann Thießen, Bundes- und Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR). Rechts neben der Landesbeauftragten: Johannes Grapentin, Geschäftsführer Digitale Lernwelten GmbH, Eichstätt sowie Albina Nazareus-Vetter, Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen (IDRH gGmbH)

Landmannschaft der Deutschen aus Russland in Hessen

Die Landmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) in Hessen ist als ältester Mitglie-
derverband der Russlanddeutschen ein wichtiger
Ansprechpartner für die Hessische Landesregie-
rung und die Landesbeauftragte. Russlanddeut-
sche Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

finden hier Kontakte zu Schicksalsgefährten,
stärkende Gemeinschaft zu ihren Landsleuten,
Beratung und Unterstützung bei ihrer Eingliede-
rung in Deutschland. Integrationsprojekte der
LmDR werden vom Land Hessen unterstützt.

20 Jahre Deutsche Jugend aus Russland in Hessen e.V.

Im Jahr 2019 feierte die Deutsche Jugend aus
Russland in Hessen (DJR-Hessen e.V.) ihr 20-jäh-
riges Bestehen unter der Schirmherrschaft des
damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Vol-
ker Bouffier. Gegründet wurde die DJR-Hessen
e.V. im Jahr 1999 als eigenständige Jugend-
organisation der Landmannschaft der Deut-
schen aus Russland, um die Integration junger
Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der

ehemaligen Sowjetunion durch ein vielfältiges
Beratungs- und Freizeitangebot zu fördern. Die
Integrationsmaßnahmen der DJR werden durch
das Land Hessen finanziell unterstützt. Bis heute
hat sich die Deutsche Jugend aus Russland zum
anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und
landesweit aktiven Partner in Fragen der Inte-
gration, Bildung, Jugendhilfe und Kultur ent-
wickelt.



Festakt „20 Jahre DJR“ am 6.12.2019: (v.l.) Minister-
präsident Volker Bouffier; Swetlana Wagner, 1.
Vorsitzende DJR-Hessen e.V.; Margarete Ziegler-
Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Lan-
desregierung für Heimatvertriebene und Spätaus-
siedler; Ernst Strohmaier, Bundesgeschäftsführer
DJR e.V.; Robert Lange, Stadtverordneter Frankfurt
am Main (CDU); Rudolf Friedrich, ehemaliger
Landesbeauftragter der Hessischen Landesregie-
rung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler;
Albina Nazarenus-Vetter, Geschäftsführerin DJR-LG
Hessen e.V.; Johann Thießen, Bundes- und Landes-
vorsitzender der LmDR; Viktor Scherf, Leiter der
Tanzschule „Let’s Dance“ aus Altenkirchen, RLP



Ministerpräsident Boris Rhein neben
Albina Nazarenus-Vetter, Trägerleitung
DJR/Geschäftsführung IDRH gGmbH
(links) und Landesbeauftragter Marga-
rete Ziegler-Raschdorf beim Familien-
Sommerfest von DJR - Hessen e.V. und
IDRH gGmbH am 15.7.2023

Rettingsarche e.V.

Seit dem Jahr 2006 besteht der eingetragene Verein Rettungssarche e.V. als stationäre Drogentherapie-Einrichtung für jugendliche und junge erwachsene Spätaussiedler in Ebsdorfergrund bei Marburg. Eine weitere Therapieeinrichtung entstand als Zweigstelle 2017 in Hünfeld-Molzbach bei Fulda. Bereits seit dem Jahr 2011 ist der Verein Rettungssarche vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration als Drogentherapieeinrichtung anerkannt.

Seit 2016 wird die Einrichtung auch aus Integrationsmitteln für Spätaussiedler finanziell unterstützt. Das geförderte Projekt „Hinführung jugendlicher und junger erwachsener Spätaussiedler mit einer Drogenproblematik in die Lebens- und Arbeitswelt“ richtet sich an Spätaussiedler, die nach ihrer Übersiedlung nach Deutschland wegen ihrer Suchterkrankung kaum Arbeitserfahrungen sammeln konnten. Dabei versteht sich das Projekt als Vorstufe zu einer beruflichen Ausbildung. Die Heranführung an unterschiedliche berufliche Tätig-

keiten und einfache Arbeitsabläufe in den vier Bereichen Hausverwaltung/Wartung, Küche/Hauswirtschaft, Landwirtschaft/Gartenbau und Renovieren/Reparieren, fördert und erleichtert die spätere Aufnahme einer Beschäftigung der erwerbslosen Spätaussiedler. Die „Rettungssarche“ bietet den Hilfesuchenden einen stabilisierenden Alltag in einer Wohngemeinschaft von Betroffenen aus ähnlichem und damit vertrautem kulturellem Umfeld mit handwerklicher und landwirtschaftlicher Arbeit. Die Wohn- und Lebensgemeinschaft funktioniert nach dem Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Rund 500 junge Männer haben seit Bestehen der Einrichtung die Therapie mit einer 90-prozentigen Erfolgsquote durchlaufen und konnten anschließend ihre private Situation neu ordnen, eine Arbeit aufnehmen und sich zum Beispiel als Bauunternehmer, Betreiber eines Zweckbetriebs für Gartenbau oder Reinigungsfachbetrieb selbstständig machen.



15 Jahre Rettungssarche e.V., Ebsdorfergrund: (v.l.) Kyrill Kuznecov, Leiter der Wohngemeinschaft in Molzbach; Lina Vogel, Vorsitzende der „Rettungssarche e.V.“ mit Ehemann Alexander; Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf sowie Waldemar Bechler, Leiter der Wohngemeinschaft in Ebsdorfergrund am 25.9.2023

Vorstellung des Konzepts Rettungssarche am Standort Ebsdorfergrund: (v.r.) Sören Bartol, MdB (SPD, 2.v.re); Kyrill Kuznecov, Leiter Rettungssarche Molzbach; Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler; Alexander Klipfel, Organisationsleiter der landwirtschaftlichen Abteilung; Lina Vogel, Geschäftsleiterin der Rettungssarche e.V.; Natalie Pawlik, MdB (SPD) und Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten; 1.v.li.: Waldemar Bechler, Leiter der Wohngemeinschaft Ebsdorfergrund sowie weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungssarche am 10.3.2023



Beratungs- und Begegnungsstätten für Spätaussiedler

Ein ganz besonders wichtiges Anliegen der Landesbeauftragten sind unkomplizierte, gut erreichbare Anlaufstellen für Spätaussiedler aller Altersgruppen mit Angeboten zu Begegnung, Beratung und Bildung. In vier Jahren konnte sie sieben Begegnungsstätten unterschiedlicher Träger in ganz Hessen anregen und jeweils eine finanzielle Förderung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport aus Integrationsmitteln für Spätaussiedler vermitteln.

Alle Begegnungs- und Beratungsstellen in Hessen, bieten neben festen Kursen ebenso offene Sprechstunden und somit eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme an. Die Treffpunkte in Wiesbaden, Groß-Gerau, Kassel, Gießen und Frankfurt werden von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland betreut.

Im Jahr 2019 wurde durch die Kreis- und Ortsgruppe Wiesbaden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) die erste Beratungs- und Begegnungsstätte für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Wiesbaden

gegründet. Das Angebot in der Begegnungsstätte reicht von Sprach- und Konversationskursen für deutsche Sprache, Malkurse und musikalische Angebote, Workshops zur Förderung der beruflichen Integration, Ausflügen bis hin zu informativen Vorträgen über vielfältige Themen des täglichen Lebens. Es gibt sowohl für Erwachsene, als auch für Kinder und Jugendliche unterschiedliche Angebote und Hilfe bei Behördenangelegenheiten.

In Fulda organisiert die örtliche Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Beratungs- und Begegnungsstätte für ältere Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Das Projekt „Aktive Senioren“ wird täglich abwechselnd an zwei Standorten in der Stadt Fulda angeboten. An beiden Standorten nehmen je rund 50 Seniorinnen und Senioren an dem abwechslungsreichen Angebot teil. Dieses erstreckt sich vom wöchentlichen Frühstück, dem gemeinsamen Mittagstisch, Nähkurs, Bastelangeboten, Sprachkursen, dem digitalen Café, der Sport- und Gymnastikstunde, Ausflü-



Informationstermin am 27.10.2022 im Treffpunkt „Generationenbrücke“ in Groß-Gerau: (v.l.n.r.) Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (2.v.li.) mit den Beraterinnen Margarete Horst und Julia Puschkarski sowie der Geschäftsführerin der LmDR, Natalie Paschenko

Im Juni 2019 eröffnete die Landesbeauftragte den Treffpunkt für „Stadtteilmütter“ in Fulda: (v.l.) AWO-Geschäftsführer Wolfram Latsch, AWO-Bereichsleiterin Integration und Bildung Adriana Oliveira, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und die Leiterin der Gruppe Tatjana Hirsch



Ortstermin der Landesbeauftragten und ihrer Stabsstelle am 14.2.2023 im Haus der Heimat beim Beratungs- und Begegnungstreffpunkt in Wiesbaden mit der Leiterin der Begegnungsstätte Vera Maier (2.v.li.)

gen in die Umgebung, zum Hessischen Landtag sowie Bundestag bis hin zu seniorengerechten Angeboten beim Umgang mit Handy und Computer.

Bereits seit dem Jahr 2012 fördert das Land Hessen in Kooperation mit der Stadt Fulda das erfolgreiche Integrations-Projekt „Stadtteilmütter“ der AWO Fulda für Spätaussiedlerinnen. Im Rahmen des Projektes werden Spätaussiedlerinnen qualifiziert und vorbereitet, damit sie Fa-

milien – hier wieder vor allem Mütter – in ihrem jeweiligen Stadtteil unterstützen und nach ihrer Aussiedlung nach Deutschland begleiten. Die „Stadtteilmütter“ suchen die Familien zu Hause auf und bieten Hilfestellung beim Kennenlernen des Lebens in Deutschland, allen anstehenden Problemen und der Vermittlung der Bedeutung von Bildung gerade für die Kinder. Im Jahr 2019 wurde durch die Landesbeauftragte ein neuer Standort des Treffpunktes für die „Stadtteilmütter“ eröffnet. Das Projekt „Stadtteilmütter“ wurde in 2020 um die „ElternWerkstatt“ ergänzt und bietet seitdem auch Angebote an, die speziell auf die Bedürfnisse von Spätaussiedlervätern zugeschnitten sind. Darüberhinaus bietet ein Elternkurs Unterstützung in Erziehungsfragen und zu Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung für die ganze Familie in der „ElternWerkstatt“.

Die jüngste Beratungs- und Begegnungsstätte „Zuhause in Gelnhausen und im Main-Kinzig-Kreis“ befindet sich seit dem Jahr 2022 in Gelnhausen in der Trägerschaft des örtlichen Vereins „Sprach- und Partnerschaftsinitiative e.V.“ (SPI- Verein). Sie bietet Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Gelnhausen und im Main-Kinzig-Kreis mit einem vielfältigen Angebot für Jung und Alt eine sehr gut angenommene und beliebte Anlaufstelle, die zunehmend die Neu-Ankömmlinge auch mit Einheimischen in Kontakt bringt.



Besuch der Landesbeauftragten in der Gießener Beratungs- und Begegnungsstätte „Über die Brücke gehen - andere Menschen verstehen“ am 15.5.2023 mit Rosa Tugova, Leiterin der Begegnungsstätte (Bildmitte) und Natalie Paschenko, Geschäftsführerin LmDR Hessen e.V. (4.v.li.) mit weiteren Teilnehmerinnen des Treffens

Termin am 24.1.2023 mit den „Aktiven Senioren“ in Fulda: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (2.v.li.) mit den AWO-Mitarbeiterinnen Linda Kalb-Müller, Oksana Schreiber, Margarete Klär und einer Ukrainerin im Bundesfreiwilligendienst (v.l.n.r.)



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf bei der Lesung der Autorin Gusel Jachina in der Beratungs- und Begegnungsstätte für Spätaussiedler in Gelnhausen am 6. Oktober 2023 mit der Vorsitzenden des Vereins „Sprach- und Partnerschaftsinitiative e.V.“ Dr. Olga Martens (Bildmitte)

Härtefallfonds zur Abmilderung von Rentennachteilen

Mit den in den 1990er-Jahren erfolgten Änderungen im Fremdretenrecht wurden die Renten von Spätaussiedlern unabhängig von Ausbildung und Erwerbsbiografie vereinheitlicht und jeweils auf das Existenzminimum gedeckelt. Die Fremdreten der Spätaussiedler bewegen sich seither auf Höhe des Grundversicherungsniveaus. Über Jahre hinweg haben sich die Verbände und Landsmannschaften für eine Verbesserung der Lage von älteren Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern eingesetzt. Auf Antrag des Bundeslandes Bayern im Bundesrat im Jahr 2019, dem das Land Hessen beigetreten ist, sprach sich die Länderkammer für eine Überprüfung und Neuregelung der Rentenansprüche aus.

Am 18. November 2022 wurden von der Bundesregierung die rechtlichen Grundlagen zur Errichtung der „Stiftung Härtefallfonds“ (HFF) geschaffen, um Ungerechtigkeiten im gesamtdeutschen Rentenrecht abzumildern. Die Stiftung, die vom Bund getragen wird, richtet sich an bestimmte Personen, die einen erheblichen Teil ihrer Erwerbsbiographie in der ehemaligen DDR bzw. im ausländischen Herkunftsgebiet zurückgelegt haben und aufgrund der daraus resultierenden Auswirkungen auf ihre gesetzliche Rente benachteiligt sind. So erhalten Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler unter bestimmten Voraussetzungen zur Abmilderung ihrer Rentennachteile eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro, wenn sie mit ihren gesetzlichen Renten in der Nähe der Grundversicherung liegen. Die vor dem 31.12.1992 in die Bundesrepublik übergesiedelten Aussiedler profitieren nicht von der Regelung, obwohl sie die älteren und gleichfalls von Altersarmut Betroffenen sind. Die Regelungen des Härtefallfonds gelten lediglich für Spätaussiedler, die nach dem 1.1.1993 und vor dem 01.04.2012 als Spätaussiedler nach Deutschland gekommen sind und bei Einreise das 50. Lebensjahr vollendet hatten.

Für diese Leistung stellt die Bundesregierung aus dem Bundehaushalt einen Betrag von 500.000 Millionen zur Verfügung; ursprünglich waren 1 Milliarde Euro vorgesehen.

Anträge der Betroffenen sollten ursprünglich von Januar bis zum 30. September 2023 bei der Geschäftsstelle der „Stiftung Härtefallfonds“ gestellt werden können. Auf Grund der Vielzahl der eingegangenen Anträge hat der Beirat der Stiftung beschlossen, die Antragsfrist letztmalig bis zum 31. Januar 2024 zu verlängern.

Stand Juli 2023 sind rund 134.800 Anträge auf Leistungen aus dem HFF eingegangen. Davon entfielen laut Bundesarbeitsministerium knapp 12.200 Fälle auf betroffene ehemalige DDR-Bürger mit geringen Renten aus der Ost-West-Rentenüberleitung, etwa 46.500 Anträge seien von jüdischen Kontingentflüchtlingen und rund 76.100 Anträge von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gestellt worden. Bislang wurden 2,4 Millionen Euro aus dem Härtefallfonds ausbezahlt. Mit der Auszahlung sei im Juli begonnen worden. Pro Woche würden rund 7.000 Anträge bearbeitet. Insgesamt werde nach Einschätzung des BMAS von rund 200.000 Antragsberechtigten ausgegangen. Pro Gruppe werde vom BMAS im Durchschnitt mit 60.000 bis 70.000 Antragstellern gerechnet.

Die hohen Antragszahlen bei Spätaussiedlern machen deutlich, dass es die Gruppe der Spätaussiedler ist, die besonders benachteiligt und von Altersarmut betroffen ist. Der Härtefallfonds ist allerdings nur ein bescheidenes Trostpflaster im Hinblick auf mangelnde Rentenleistungen für ein ganzes Arbeitsleben. Deshalb muss das Ziel bleiben, eine grundlegende Fremdretenreform zu erreichen, so wie es die Bundesländer Bayern und Hessen schon in den Jahren 2017 und 2018 über den Bundesrat eingefordert haben.

Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des Hessischen Landtags (UHW)

Der Unterausschuss des Hessischen Landtages für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) ist bundesweit der einzige parlamentarische Ausschuss, der sich mit den Angelegenheiten von Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern befasst und sich intensiv mit aktuellen Problemen aus diesem Politikbereich beschäftigt. Dadurch sind Fragen der Kultur- und Erinnerungsarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes sowie der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen

und Spätaussiedler und deren Integration stetig im Landtag präsent.

Die Landesbeauftragte nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Unterausschusses teil und unterrichtet die Ausschussmitglieder über aktuelle Entwicklungen aus ihrem Aufgabenbereich.

Vorsitzender des UHW zum Ende der Legislaturperiode ist der Landtagsabgeordnete Andreas Hofmeister (CDU).

Hasselroth - Fördereinrichtung für junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife

Im mittelhessischen Hasselroth im Main-Kinzig-Kreis befindet sich zentral im Rhein-Main-Gebiet die einzige in Deutschland verbliebene Fördereinrichtung für junge Spätaussiedler zur Nachqualifizierung ihrer aus den Herkunftsländern mitgebrachten Hochschulzugangsberechtigung. In einem zweijährigen Sonderlehrgang können junge Spätaussiedler am Standort der Fördereinrichtung Hasselroth in Kooperation mit der Ludwig-Geissler-Schule in Hanau ihre Abschlüsse insbesondere sprachlich und inhaltlich auf das Niveau eines hiesigen Abiturs nachqualifizieren. Erst damit sind sie berechtigt, eine akademische Laufbahn einzuschlagen und an einer deutschen oder europäischen Universität zu studieren. Die Fördereinrichtung ist damit unverzichtbar, um höhere Qualifikationen von Spätaussiedlern zu berücksichtigen und sowohl für die Betroffenen selbst als auch für unseren Arbeitsmarkt und Fachkräftebedarf nutzbar zu machen. In der Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in Hasselroth erfahren die jungen Leute außerdem sozialpädagogische Hilfestellung und eine stärkende Gemeinschaft. Seit Beginn ihrer Tätigkeit ist die Landesbeauftragte

von dieser Einrichtung überzeugt, unterhält regelmäßige Kontakte und nimmt in loser Folge an den Jahresabschlussveranstaltungen und Zeugnisübergaben teil.

Aktuell finden auf Initiative der Landesbeauftragten Verhandlungen zwischen dem Land Hessen und dem Bund zum Ankauf der Bundesimmobilienanteile statt, um den Standort der Fördereinrichtung Hasselroth zukunftsfähig zu machen. Nach der erforderlichen zeitgemäßen Instandsetzung der Gebäude und Freizeitanlagen soll entsprechend dem Wunsch der Landesbeauftragten in Hasselroth neben der Weiterführung der Förderlehrgänge künftig insbesondere auch eine vorläufige Unterbringung von Spätaussiedler-Familien erfolgen mit regelmäßigen Vor-Ort-Angeboten zur Unterstützung der sprachlichen, beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung. Langfristig soll die Einrichtung zu einem zentralen Begegnungs-, Beratungs- und Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland weiterentwickelt werden, die in Hessen ein neues Zuhause in der alten Heimat ihrer Vorväter gefunden haben.



Hessische Fördereinrichtung für junge Zugewanderte in Hasselroth/Main-Kinzig-Kreis

Haushaltsmittel

Mit der Verabschiedung des Landeshaushaltes im Jahr 2020 gab es neben der Erhöhung für die Erinnerungs- und Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) mit der gleichzeitigen Anhebung der Fördermittel für die Spätaussiedlerintegration in diesem Förderbereich ebenfalls eine ansehnliche Erhöhung. Die Eingliederungsmittel zugunsten von Aussiedlern und Spätaussiedlern wurden von bisher 560.000 Euro in den Jahren 2014 bis 2019 auf 800.000 Euro ab dem Jahr 2020 angehoben. Die Fördersumme wurde in den folgenden Haushalten bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 verankert.

Damit unterstützt das Land Hessen die persönliche, kulturelle, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung von Aussiedlern und Spätaussiedlern. Finanziert werden u.a. Maßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache, zur Verbesserung der Deutschkenntnisse oder zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Stärkung

der Eigeninitiative bei der Mitwirkung am Integrationsprozess. Verstärkt wird auch die Eingliederung der Deutschen aus Russland im Bereich der politischen Bildung und Demokratie-Erziehung unterstützt. Ein wesentlicher Anteil der Mittel in Höhe von 300.000 Euro steht der neuen „Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen – IDRH“ für ihre Integrationsarbeit zur Verfügung. Mit der IDRH haben die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR Hessen e.V.) und die Deutsche Jugend aus Russland (DJR-Hessen e.V.) eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) gegründet, um künftig ihre Beratungs-, Qualifizierungs- und Kulturprojekte und eine vielfältige Integrationsarbeit gemeinsam durchzuführen (siehe hierzu auch Seite 45). Die Hessische Landesregierung hat damit im Aufgabenfeld der Spätaussiedlerintegration einen wichtigen Ansprechpartner, dessen Akteure sich in 20 Jahren in ihrer Zuverlässigkeit bewährt haben.

Beirat für Spätaussiedlerfragen beim Bundesministerium des Innern (BMI)

Seit 2005 besteht beim Bundesministerium des Innern und für Heimat ein Beirat für Spätaussiedlerfragen, der die Bundesregierung sachverständig in Fragen der Aufnahme und Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern berät. Den Vorsitz im Beirat führt seit April 2022 die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Natalie Pawlik MdB. Von 2018 bis 2022 hatte Prof. Dr. Bernd Fabritius das Amt inne.

Die 16 Mitglieder des Beirates werden durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat berufen. Es sind die für Spätaussiedlerfragen zuständigen Beauftragten der Länder, Vertreter der Fachverwaltungen der Länder, der auf Bundesebene tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, der Evangelischen und Katholischen Kirche sowie der freikirchlichen Glaubensgemeinschaft, der kommunalen Spitzenverbände, des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes und der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Als Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler wurde Margarete Ziegler-Raschdorf erstmals 2010, dann 2014 und 2018 und zuletzt erneut 2022 in das Gremium berufen.

Der Beirat tagt mindestens einmal jährlich und befasst sich mit Themen der gesellschaftlichen und sozialen Wiederbeheimatung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie ihrer Familien, mit Problemen im Aufnahmeverfahren für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und stimmt sich hierzu mit dem Bundesverwaltungsamt (BVA) ab. Wichtige Themen sind die Anerkennung der im Herkunftsland / Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und Schulabschlüsse sowie die Altersarmut und das Fremdretenrecht. Vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges waren insbesondere Härtefallregelungen und ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der Ukraine und der Russischen Föderation vorrangige Themen.



Konstituierung des Beirates für Spätaussiedlerfragen beim BMI am 7. November 2022: Dr. Bernd Fabritius, Bundesvorsitzender des BdV (2.v.li.), Dr. Uta Dauke, zuständige Unterabteilungsleiterin im BMI (3.v.li.), Johann Thießen, Bundesvorsitzender der LmDR (4.v.li.), Bundesbeauftragte Natalie Pawlik MdB (Bildmitte), Waldemar Weiz, Vorsitzender des Jugend- u. Studentenrings der Deutschen aus Russland (3.v.re.), Hessische Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (2.v.re.)

Konferenz der Aussiedlerbeauftragten

Hessen war das erste Bundesland in dem 1999 ein Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler als deren spezieller Ansprechpartner berufen wurde. Damit gab es fast 20 Jahre lang außer im Bund nur in Hessen diese Position. Erst im Jahr 2016 wurde auch in Baden-Württemberg die Funktion eines Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler geschaffen und in Personalunion an Innenminister Thomas Strobl übertragen. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Sachsen sind im Jahr 2018 dem

hessischen Beispiel gefolgt und haben ebenfalls Beauftragte berufen.

Um aktuelle Entwicklungen in diesem Themenbereich zu erörtern und ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren, hat der damalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, im Jahr 2018 die Aussiedlerbeauftragten-Konferenz ins Leben gerufen, die in regelmäßigen Abständen tagt.



Die Beauftragten des Bundes und der Länder (v.l.): Heiko Hendriks (NRW), Dr. Jens Baumann (Sachsen), Editha Westmann (Niedersachsen), Bundesaussiedlerbeauftragter a.D. Prof. Dr. Bernd Fabritius, Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Herr Hellstern (Büro LBHS Dr. Thomas Strobl, Baden-Württemberg), Dr. Lill (Büro LBHS Sylvia Stiersdorfer, Bayern) am 27.3.2019

Die Aussiedlerbeauftragten-Konferenz tagte am 20.7.2020 in Hannover: V.l.n.r.: Editha Westmann (Niedersachsen), Heiko Hendricks (NRW), Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Prof. Dr. Bernd Fabritius (Bundesbeauftragter a.D.), Ilja Zeider (Referent im BMI) und Maria Maier-Seel (Referentin im BMI)





Die Hessische Landesregierung hat ihre tiefe Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufs Neue unter Beweis gestellt. Im Laufe der Jahre hat sie ganz besondere Marksteine gesetzt, die an die Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler erinnern und wesentlich dazu beitragen, diese im allgemeinen Gedächtnis zu bewahren. So sind der seit 2014 jährlich begangene „Hessische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ und der 2010 gestiftete Hessische Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ Ausdruck dieser Solidarität mit den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Ebenso zeigt die Anpassung der in Hessen stabilen finanziellen Förderstruktur eine kontinuierliche Aufmerksamkeit für diesen Themenbereich. So wurden im Jahr 2020 die Fördermittel für die Kulturpflege nach § 96 Bundesvertriebenengesetz und die Spätaussiedlerintegration um jeweils 50 Prozent erhöht. Dies stellt eine wichtige Grundlage dar, um die Vertriebenenpolitik unseres Landes angesichts des Schwindens der Erlebnisgeneration und die Spätaussiedlerpolitik wegen ansteigender Zugangszahlen in Zeiten von Digitalisierung und neuen Kommunikationsmöglichkeiten zukunftsfähig zu gestalten. Die Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ist Teil der deutschen Geschichte und muss darum auch Teil des deutschen Geschichtsunterrichts sein. Diesem Erfordernis trägt die Hessische Landesregierung durch Verankerung des Themas in den Lehrplänen, Kerncurricula und dem Abiturerlass Rechnung sowie durch die Schaffung zeitgemäßer Unterrichtsmaterialien mit umfassenden digitalen Angeboten. Die beiden digitalen und interaktiven Lern- und Infoportale „Russlanddeutsche in Hessen“ der Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland und das Digitalportal „Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext“ des BdV-Landesverbandes Hessen sind bundesweit ein absolutes Novum und stellen für den Schulunterricht einen großen Entwicklungssprung dar.

Regelmäßig Gehör finden die Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im Landesvertriebenenbeirat sowie im Unterausschuss des Landtages für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW). Diese beiden Gremien, befassen sich intensiv mit Fragen der

Kultur- und Erinnerungsarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes sowie der Aufnahme und Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und haben sich in Hessen für eine erfolgreiche Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik bewährt.

Sichtbarstes Zeichen für die besondere Wertschätzung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ist sicherlich die Schaffung der Funktion eines/einer Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Jahr 1999. Mit der Umressortierung des Geschäftsbereichs der Landesbeauftragten vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) zum Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) im Jahr 2019 und der Einrichtung einer Stabsstelle hat die Landesregierung die institutionellen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen, die Kultur der Vertriebungsgebiete dauerhaft verlässlich zu sichern sowie die Eingliederung der Spätaussiedler bestmöglich zu unterstützen. Das Amt ist mit Wirkung vom 5. Oktober 2020 hauptamtlich besetzt und bedeutet damit auch eine Aufwertung und Stärkung des gesamten Themenbereichs. Dadurch wird deutlich, welchen Stellenwert die Hessische Landesregierung der Gedenk- und Kulturarbeit insgesamt einräumt.

Die ideelle und finanzielle Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hessen darf mit Recht als beispielgebend für andere Bundesländer bezeichnet werden. Ein wirklicher Quantensprung war im Jahr 2023 die Einrichtung des Forschungsbereichs „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen in Zusammenarbeit mit dem Herder-Institut in Marburg, für die das Land Hessen in fünf Jahren 1,5 Millionen Euro bereitstellt.

Eine besondere Freude für mich sind die nunmehr sieben neu errichteten Beratungs- und Begegnungsstätten für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Wiesbaden, Groß-Gerau, Kassel, Gießen, Frankfurt, Fulda und Gelnhausen, die ich auf den Weg bringen konnte. Sie sind mir als unkomplizierte Anlaufstellen sehr wichtig.

In den 15 Jahren im Amt der Landesbeauftragten durfte ich beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen und habe in vielen Gesprächen, in denen mir großes Vertrauen entgegengebracht wurde, Kenntnis erlangt von sehr berührenden persönlichen Vertriebungs- und Aussiedlungsschicksalen, die mich tief beeindruckt und für meine Arbeit immer wieder aufs Neue motiviert haben. Dafür bin ich dankbar.

Für ihre großartige Unterstützung danke ich der Hessischen Landesregierung, insbesondere Ministerpräsident Boris Rhein und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Bei jeder Begegnung wird deutlich: die Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler war und ist ihnen stets mehr als nur Pflicht, sie ist ihnen Herzensanliegen.

Ein besonderer Dank gebührt dem Hessischen Minister des Innern und für Sport Peter Beuth und Staatssekretär Dr. Stefan Heck sowie seinem Nachfolger Staatssekretär Stefan Sauer für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und ihre vielfältige Unterstützung meiner Stabsstelle und meiner Tätigkeit als Landesbeauftragte.

Für sein jahrzehntelanges Engagement für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler gilt gleichermaßen mein Dank dem Bund der Vertriebenen in Hessen, den Landsmannschaften, den weiteren Verbänden, Gesellschaften und Stiftungen insbesondere für ihr ehrenamtliches Eintreten für die Sache der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler.

Ganz besonders danken möchte ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Büro und meiner Stabsstelle für ihren stetigen, großartigen Einsatz und ihre treue Unterstützung meiner Arbeit auch in herausfordernden Zeiten sehr herzlich. Ohne diese Unterstützung wäre die Erfüllung meiner vielfältigen Aufgaben nicht möglich gewesen.

Mit diesem dritten Tätigkeitsbericht lege ich den letzten Bericht über die Arbeit in meiner 15-jährigen Amtszeit vor. Meine Zeit als Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler endet mit Ablauf der 20. Legislaturperiode zum 18. Januar 2024. Ich bin dankbar, dass ich dieses wunderbare Amt bekleiden und dabei Interessenvertreterin und Repräsentantin der Hessischen Landesregierung sowie auch Lobbyistin der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sein durfte. In dieser Funktion hatte ich großartige Möglichkeiten, viele neue Akzente zu setzen, Gutes für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu bewirken und die Bedeutung dieses Themas insgesamt in das allgemeine Blickfeld zu rücken. Immerhin hat ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einen Vertreibungshintergrund oder ein Aussiedlerschicksal. Es war mir stets ein Herzensanliegen und eine große Ehre, das Amt der Landesbeauftragten ausüben zu dürfen.

In Dankbarkeit und mit allen guten Wünschen für die Zukunft

herzlichst Ihre



Margarete Ziegler-Raschdorf
Landesbeauftragte

Zugang von Vertriebenen, Aus- und Spätaussiedlern sowie Übersiedlern in das Bundesgebiet nach Statistik Bundesverwaltungsamt

Begriffsdefinition und rechtliche Grundlagen

- **Aussiedler** sind Deutsche, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen (31. März 1952) und vor dem 1. Januar 1993 auf der Grundlage des BVFG in Deutschland aufgenommen wurden (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG).
Aussiedler sind Vertriebene im Rechtssinne und damit auch Deutsche im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes.
- **Spätaussiedler** sind Deutsche, die nach dem 31. Dezember 1992 im Rahmen des gesetzlichen Aufnahmeverfahrens in Deutschland aufgenommen wurden oder werden (§ 4 BVFG).
- **Übersiedler** sind DDR-Bürger, die aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen sind.

Jahr	Vertriebene / Aus- und Spätaussiedler	Übersiedler	Zusammen
1950	47.497	198.000	245.497
1951	24.765	166.000	190.765
1952	13.369	182.000	195.369
1953	15.410	331.000	346.410
1954	15.424	184.000	199.424
1955	15.788	253.000	268.788
1956	31.345	279.000	310.345
1957	113.946	262.000	375.946
1958	132.228	204.000	336.228
1959	28.450	144.000	172.450
1960	19.169	199.000	218.169
1961	17.161	206.624	223.785
1962	16.415	21.356	37.771
1963	15.483	42.632	58.115
1964	20.842	41.876	62.718
1965	24.342	29.552	53.894
1966	28.193	24.131	52.324
1967	26.475	19.573	46.048
1968	23.397	16.063	39.460
1969	30.039	16.975	47.014
1970	19.444	17.519	36.963
1971	33.637	17.408	51.045
1972	23.895	17.164	41.059
1973	23.063	15.189	38.252
1974	24.507	23.252	47.759
1975	19.675	16.285	35.960
1976	44.402	15.168	59.570
1977	54.251	12.078	66.329
1978	58.123	12.117	70.240
1979	54.887	12.515	67.402
1980	52.071	12.763	64.834
1981	69.455	15.433	84.888
1982	48.170	10.849	59.019
1983	37.925	8.914	46.839
1984	36.459	34.733	71.192
1985	38.968	20.661	59.629
1986	42.788	26.187	68.975

Jahr	Vertriebene / Aus- und Spätaussiedler	Übersiedler	Zusammen
1987	78.523	18.954	97.477
1988	202.673	39.832	242.505
1989	377.055	343.854	720.909
1990	397.073	238.384	635.457
1991	221.995	-	221.995
1992	230.565	-	230.565
1993	218.888	-	218.888
1994	222.591	-	222.591
1995	217.898	-	217.898
1996	177.751	-	177.751
1997	134.419	-	134.419
1998	103.080	-	103.080
1999	104.916	-	104.916
2000	95.615	-	95.615
2001	98.484	-	98.484
2002	91.416	-	91.416
2003	72.885	-	72.885
2004	59.093	-	59.093
2005	35.522	-	35.522
2006	7.747	-	7.747
2007	5.792	-	5.792
2008	4.362	-	4.362
2009	3.360	-	3.360
2010	2.350	-	2.350
2011	2.148	-	2.148
2012	1.817	-	1.817
2013	2.427	-	2.427
2014	5.649	-	5.649
2015	6.118	-	6.118
2016	6.588	-	6.588
2017	7.059	-	7.059
2018	7.126	-	7.126
2019	7.155	-	7.155
2020	4.309	-	4.309
2021	7.052	-	7.052
2022	7.010	-	7.010
2023 (1.7.2023)	4.546	-	4.546

Zugang von Aussiedlern und Spätaussiedlern in Hessen nach Herkunftsgebieten nach
Statistik Bundesverwaltungsamt

Jahr	insgesamt	Republik Polen	Rumänien und sonstige Länder	Ehemalige UdSSR
1979	4.762	3.196	958	608
1980	4.245	2.171	1.511	563
1981	5.440	4.108	1.026	306
1982	4.193	2.659	1.387	147
1983	2.848	1.556	1.154	138
1984	2.647	1.474	1.090	83
1985	2.853	1.697	1.109	47
1986	3.175	2.211	864	100
1987	6.295	4.037	950	1.308
1988	15.551	10.552	995	4.004
1989	27.336	16.547	1.889	8.900
1990	28.160	7.584	5.857	14.719
1991	18.157	2.361	1.402	14.394
1992	20.119	1.877	1.088	17.154
1993	15.817	385	256	15.176
1994	15.821	132	260	15.429
1995	15.209	114	316	14.779
1996	12.938	74	232	12.632
1997	9.747	52	113	9.582
1998	7.350	38	44	7.268
1999	7.626	29	47	7.550
2000	6.895	33	38	6.824
2001	7.084	32	15	7.037
2002	6.536	50	9	6.477
2003	5.295	35	8	5.252
2004	4.255	19	3	4.233
2005	2.571	7	4	2.560
2006	552	5	2	545
2007	412	4	3	405
2008	326	2	1	323
2009	243	3	1	239
2010	185	9	1	175

Zugang von Aussiedlern und Spätaussiedlern in Hessen nach Herkunftsgebieten nach
Statistik Bundesverwaltungsamt

Jahr	insgesamt	Republik Polen	Rumänien und sonstige Länder	Ehemalige UdSSR
2011	157	3	3	151
2012	145	-	4	141
2013	185	-	1	184
2014	441	3	-	438
2015	448	-	1	447
2016	482	1	1	480
2017	523	1	-	522
2018	532	-	1	531
2019	537	-	1	536
2020	316	-	-	316
2021	530	-	-	530
2022	520	2	-	518
2023 (bis 1.7.2023)	342	-	-	342

- Seite 7: © HMdIS/Stefan Krutsch
- Seite 8: © HMSI
- Seite 9: © HMdIS
- Seite 11: © LBHS
- Seite 12: © Hessische Staatskanzlei
- Seite 13: © Hessische Staatskanzlei
- Seite 14: © LBHS
- Seite 16: © LBHS
- Seite 17: © LBHS
- Seite 19: © LBHS
- Seite 21: © LBHS
- Seite 22: © BdV Hessen
- Seite 23 (v.o.n.u.): © HMdIS, © LBHS
- Seite 24: © LBHS
- Seite 25 (v.o.n.u.): © LBHS, © LBHS,
© Regina Hederich
- Seite 26: © LBHS
- Seite 27 (v.o.n.u.): © BdV Hessen, © LBHS,
© LBHS
- Seite 28 (v.o.n.u.): © Hans-Jürgen Ramisch,
© Patricia Ehl, © LBHS
- Seite 29 (v.o.n.u.): © HMdIS, © LBHS, © LBHS
- Seite 30 (v.o.n.u.): © LBHS,
© bdv-hessen/onemorepicture.de
- Seite 31: © Landsmannschaft Schlesien
- Seite 32 (v.o.n.u.): © Stadt Fulda, © LBHS
- Seite 33: © LBHS
- Seite 34: © LBHS
- Seite 35 (v.o.n.u.): © LBHS,
© Dr. Kanstein/Deutsch-Baltische Gesellschaft
- Seite 36: © Freilichtmuseum Hessenpark
- Seite 37 (v.o.n.u.): © Danik Martin-Virolainen,
© LBHS
- Seite 38 (v.o.n.u.): © LBHS, © LBHS,
© Fritz Loseries/LOW Hessen
- Seite 39: © LBHS
- Seite 40 (v.o.n.u.): © Digitale Lernwelten GmbH,
© bdv-hessen/onemorepicture.de
- Seite 41: © Kulturstiftung der deutschen
Vertriebenen
- Seite 42 (v.l.n.r.): © Jörg Zägel, © LBHS
- Seite 43: © LBHS
- Seite 44: © LBHS
- Seite 45 (v.o.n.u.): © LBHS, © IDRH gGmbH
- Seite 46: © Eugen Gross
- Seite 47 (v.o.n.u.): © DJR-Hessen e.V., © LBHS
- Seite 48: © LBHS
- Seite 49: © LBHS
- Seite 50: © LBHS
- Seite 51 (v.o.n.u.): © Stabsstelle LBHS, © LBHS,
© Spi-Verein e.V.
- Seite 54: © LBHS
- Seite 55: © BMI
- Seite 56 (v.o.n.u.): © BMI, © Büro des Beauftrag-
ten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen
und nationale Minderheiten
- Seite 57: © LBHS

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Landesbeauftragte der Landesregierung für
Heimatvertriebene und Spätaussiedler
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

Margarete Ziegler-Raschdorf
Tel.: 0611/353-1692
Fax: 0611/353-1123
vertriebenenbeauftragte@hmdis.hessen.de
www.vertriebenenbeauftragte.hessen.de

Redaktion

Margarete Ziegler-Raschdorf (verantwortlich)
Landesbeauftragte für Heimatvertriebene
und Spätaussiedler

Carsten Becher
Historische Dienstleistungen,
Öffentlichkeitsarbeit

Layout und Satz

serfling.media

Druck

Flyeralarm GmbH

Erscheinungsdatum

Dezember 2023

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



www.innen.hessen.de
www.vertriebenenbeauftragte.hessen.de